Bundesministerium
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

FIW
Forschungsschwerpunkt
Internationale Wirtschaft

FIW-Jahresgutachten
Update Oktober 2026



Autor:innen:

Elisabeth Christen (WIFO)
Robert Stehrer (wiiw)
Martin Ertl, Sebastian Koch, Klaus Weyerstraß (IHS)

Wissenschaftliche Assistenz:

Irene Fröhlich, Alexander Hudetz (WIFO)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes-Kepler-Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche und dem Institut für Höhere Studien (IHS).
Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) gefördert.
Das Jahresgutachten wurde aus Mitteln des BMWET gefördert.

Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bundesministerium
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

FIW
Forschungsschwerpunkt
Internationale Wirtschaft

FIW-Jahresgutachten Update Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis Seite

1. Nahost-Konflikt, Energieversorgung und maritime Engpässe 1

1.1 Einleitung 1

1.2 Aktuelle geopolitische Konfliktlage im Nahen Osten 1

1.3 Bedeutung der Region für das globale und europäische Energieangebot 3

1.4 Fazit 5

2. Prognose des Warenaußenhandels 2026 und 2027 6

2.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen 6

2.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2026 und 2027 10

2.3 Stellenwert der Öllieferungen aus der Golfregion für Österreich 14

2.4 Prognoserisiken 16

3. Monetäre Entwicklungen und Wettbewerbsfähigkeit 17

3.1 Geldpolitik, Kapital- und Kreditmärkte 17

3.2 Wechselkurse 19

3.3 Energiepreise und Inflation in Österreich 20

3.4 Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf die energieintensive Industrie 22

4. Literatur 25

Abbildungs- und Übersichtenverzeichnis Seite

Abbildung 1.1: Die Straße von Hormus und die Meerenge Bab al-Mandab 2

Abbildung 2.1: Entwicklung des Welthandels (real, saisonbereinigt) 6

Abbildung 2.2: Wettbewerbsposition Österreichs 9

Abbildung 2.3: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte (saison- und kalenderbereinigt) 10

Abbildung 2.4: Wachstumsbeiträge der Top-10-Handelspartner und ausgewählter Warengruppen im österreichischen Export 11

Abbildung 2.5: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick 12

Abbildung 2.6: Außenhandelsprognose 13

Abbildung 2.7: Direkte und indirekte Handelsverflechtungen Österreichs: Rohöl (HS 2709.00), 2023 15

Abbildung 3.1: Finanzierungskosten für Unternehmenskredite 18

Abbildung 3.2: Veränderung des Euro-Wechselkurses gegenüber wichtigen Währungen . 19

Abbildung 3.3: Real-effektiver Wechselkurs auf Basis von Lohnstückkosten 20

Abbildung 3.4: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich 21

Abbildung 3.5: Rohöl und Crack Spread (Diesel) 22
Abbildung 3.6: Produktionsindex für die energieintensive Industrie in Österreich 23

Übersicht 2.1: Internationale Rahmenbedingungen..... 8
Übersicht 2.2: Die wichtigsten Importländer Österreichs von Rohöl (KN 2709 00 90) 14
Übersicht 3.1: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken 17

1. Nahost-Konflikt, Energieversorgung und maritime Engpässe

Robert Stehrer[1])

1.1 Einleitung

Kaum eine Region der Welt verbindet so viel energiewirtschaftliche Bedeutung für die Welt mit so hoher politischer Instabilität wie der Nahe Osten. Hier liegen die größten Öl- und Gasreserven der Erde, hier befinden sich die wichtigsten freien Förderkapazitäten des Weltmarkts, und hier verlaufen zugleich zwei der verwundbarsten Seewege des Welthandels: die Straße von Hormus und die Meerenge Bab al-Mandab. Lange Zeit schon wurde die Gefahr einer Sperre dieser Meerengen in verschiedenen Szenarien und Stresstests diskutiert (z. B. Talmadge, 2008 und O'Neil, 2008). Seit Ende Februar 2026 ist sie Realität. Mit dem Beginn des Iran-Krieges wurde die Straße von Hormus faktisch geschlossen, und seit dem Sommer 2026 droht mit Bab al-Mandab eine zweite zentrale Engstelle auszufallen. Damit wird erstmals sichtbar, wie stark die globale und teilweise auch europäische Energieversorgung von wenigen Kilometern Wasserstraße abhängt. Das Kapitel gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung und den Verlauf des Konflikts, die Bedeutung der beiden Wasserstraßen für das Energieangebot und schließt mit einem kurzen Fazit.

1.2 Aktuelle geopolitische Konfliktlage im Nahen Osten

1.2.1 Entwicklung des Konflikts

Der Nahe Osten ist seit Beginn des Jahres 2026 von einem regionalen Kriegsgeschehen geprägt, dessen Zentrum der Konflikt zwischen den USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits bildet. Um diesen Kern gruppieren sich mehrere miteinander verbundene Nebenschauplätze, insbesondere im Libanon und im Jemen.

Die Spannungen zwischen Israel und dem Iran reichen schon lange bis zur Islamischen Revolution von 1979 zurück. Der aktuelle Konflikt ist geprägt vom umstrittenen iranischen Atomprogramm sowie von der iranischen Unterstützung anti-israelischer Milizen. Im Juni 2025 eskalierte er im sogenannten Zwölftagekrieg unter Beteiligung der USA erstmals zu einem offenen militärischen Schlagabtausch[2]). Der aktuelle Krieg begann am 28. Februar 2026 mit Luftschlägen der USA und Israels auf Ziele im Iran. Der Iran reagierte mit Raketen- und Drohnenangriffen auf militärische Ziele und Energieinfrastruktur in der Golfregion und mit der Sperre der Straße von Hormus. Seither wechseln Phasen der Eskalation und der Verhandlung einander ab. So verhängten die USA am 13. April 2026 eine Seeblockade gegen iranische Häfen, und eine Übergangsvereinbarung zwischen beiden Seiten brach am 8. Juli nach iranischen Angriffen auf Handelsschiffe zusammen[3]). Anfang Oktober 2026 ist keine dauerhafte Lösung in Sicht: Der Iran knüpft die Öffnung der Straße von Hormus an sieben Vorbedingungen, darunter die Aufhebung der US-Blockade und der Sanktionen[4]).

---

[1]) Generative KI-Werkzeuge wurden für die Konzeption, Auffindung von Daten und Quellen eingesetzt. Alle wesentlichen Inhalte, Interpretationen und Schlussfolgerungen wurden geprüft und freigegeben.

[2]) https://de.wikipedia.org/wiki/Israelisch-iranischer_Krieg_2025 (abgerufen am 8.10.2026).

[3]) https://en.wikipedia.org/wiki/2026_Strait_of_Hormuz_crisis (abgerufen am 8.10.2026).

[4]) https://www.ft.com/content/9a1ab09b-82d7-43c2-b44a-ebb41d352dab?syn-25a6b1a6=1.

Zusätzlich zu diesem Konflikt gibt es verschiedene Nebenschauplätze. Im Libanon kämpfen Israel und die Hisbollah parallel zum Iran-Krieg. Dieser Schauplatz ist eng mit dem Hauptkonflikt verknüpft, weil Teheran israelische Angriffe im Libanon wiederholt als Bruch der Vereinbarungen mit den USA wertet. Der für die Handelsrouten folgenreichste Nebenschauplatz ist jedoch der Jemen. Die vom Iran unterstützte Huthi-Miliz hatte ihre Angriffe im Roten Meer nach dem Gaza-Waffenstillstand im Oktober 2025 eingestellt. Am 28. März 2026 trat sie jedoch mit Raketenangriffen auf Israel in den Krieg ein und droht seitdem mit der Schließung von Bab al-Mandab, falls die Golfstaaten direkt in den Krieg eingreifen[5]). Seit dem Sommer richtet sich der Druck der Huthi zunehmend auch gegen Saudi-Arabien. Im September brachten sie in einer Blitzoffensive die gesamte jemenitische Rotmeerküste einschließlich der Insel Perim unter ihre Kontrolle. Die Golfstaaten sind somit selbst Ziel iranischer und huthistischer Angriffe und fürchten zugleich eine weitere Eskalation, die ihre eigene Exportinfrastruktur gefährdet.

1.2.2 Internationale Handelsrouten und maritime Engpässe

Dieser anhaltende Konflikt betrifft unmittelbar den Welthandel und vor allem das weltweite Angebot von Öl und Gas, da der Großteil des internationalen Energiehandels auf dem Seeweg erfolgt und dabei wenige Meerengen ("Chokepoints") passieren muss. Zwei davon liegen unmittelbar im Konfliktgebiet: die Straße von Hormus ist seit Februar 2026 weitgehend gesperrt, Bab al-Mandab ist seit dem Sommer akut bedroht (Abbildung 1.1).

Abbildung 1.1: Die Straße von Hormus und die Meerenge Bab al-Mandab



Quelle: www.bilanz.ch.

Die Straße von Hormus ist der einzige Seezugang zum Persischen Golf. Kuwait, Katar und Bahrain sind für ihre Exporte vollständig auf sie angewiesen, der Irak und der Iran weitgehend. 2024

[5]) https://en.wikipedia.org/wiki/2026_Houthi_strikes_on_Israel (abgerufen am 8.10.2026).

passierten durchschnittlich rund 20 Mio. Barrel Öl pro Tag die Meerenge. Das ist rund ein Viertel des weltweiten Erdöltransports zur See; hinzu kommt mehr als ein Fünftel des globalen LNG-Handels, vor allem aus Katar (Dunn & Barden, 2025). Außerdem ist die Meerenge ein wichtiger Transportweg für weitere Produkte wie Düngemittel, Basisöle oder Helium. Formal bleibt (Stand Anfang Oktober 2026) die Meerenge nach iranischer Darstellung gesperrt, bis Washington sieben Vorbedingungen erfüllt. Praktisch haben die USA eine eigene Route entlang der Südseite eingerichtet und begleiten Tanker mit einer "Shuttle-Flotte". Jedoch bleibt der Handel weitgehend eingeschränkt. Nur ein kleiner Teil der Exporte kann über Land mit Pipelines oder Lkw umgeleitet werden.

Der zweite Chokepoint ist Bab al-Mandab, das "Tor der Tränen". Diese Meerenge liegt zwischen dem Jemen und Dschibuti bzw. Eritrea. Die Meerenge ist das südliche Tor zum Roten Meer und damit auch zum Suezkanal. Über sie läuft der kürzeste Seeweg zwischen Asien und Europa, einschließlich eines großen Teils des Container- und Energiehandels für den Mittelmeerraum. Bereits nach den ersten Huthi-Angriffen auf die Schifffahrt sanken die Öltransporte durch die Meerenge um mehr als die Hälfte, von 8,7 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2023 auf 4,0 Mio. Barrel pro Tag in den ersten acht Monaten 2024[6]). Saudi-Arabien leitet seine Exporte über Yanbu am Roten Meer um, womit Bab al-Mandab Teil der Ausweicharchitektur für die Straße von Hormus geworden ist. Seit September kontrollieren die Huthi alle vier wichtigen Inseln in der Meerenge und die gesamte jemenitische Westküste[7]).

Die größte Sorge der Märkte ist eine gleichzeitige Sperre beider Meerengen. In diesem Fall wäre die Arabische Halbinsel als Energieexporteur nahezu vollständig abgeschnitten.

1.3 Bedeutung der Region für das globale und europäische Energieangebot

Der Nahe Osten ist für die globale Energieversorgung nicht nur wegen seiner Mengen zentral, sondern auch wegen seiner Rolle als Puffer des Weltmarkts. Für die EU ist die direkte Abhängigkeit geringer als die indirekte, die über Weltmarktpreise und Produktmärkte wirkt.

1.3.1 Globale Perspektive

Die nachgewiesenen globalen Erdölreserven liegen bei rund 1,75 Bio. Barrel, wobei sich knapp die Hälfte davon im Nahen Osten befindet. Zum Vergleich: Die Welt verbraucht derzeit knapp 40 Mrd. Barrel Erdöl pro Jahr. Innerhalb der Region führen Saudi-Arabien mit etwa 15%, der Iran mit etwa 12% und der Irak mit etwa 8% der weltweiten Reserven. Mittel- und Südamerika halten etwa 20%, Nordamerika etwa 13%, Europa und Eurasien (v. a. Russland) etwa 9% und Afrika etwa 8%. Mit Abstand am geringsten sind die Reserven im asiatisch-pazifischen Raum mit 2% bis 3%[8]).

Asien ist der wichtigste Markt für das Erdöl aus der Golfregion. Laut U.S. Energy Information Administration (EIA) gingen 2024 rund 84% des Rohöls und Kondensats, die durch die Straße von Hormus transportiert wurden, nach Asien. China, Indien, Japan und Südkorea nahmen zusammen 69% dieser Mengen auf (Dunn & Barden, 2025). Für die EU stammten zuletzt rund 13% der Rohölimporte aus der Region. Besonders bedeutsam ist auch, dass sich die freien Förderkapazitäten der OPEC+ fast vollständig in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten

---

[6]) EIA: Fewer tankers transit the Red Sea in 2024. Today in Energy, 2024 (https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=63446).

[7]) https://www.derstandard.at/story/3000000342699/vom-persischen-golf-zum-lkw-wer-die-oelkrise-bezahlt-und-was-noch-kommt.

[8]) https://www.worldometers.info/de/oel/oelreserven-pro-land/.

befinden[9]). In früheren Krisen konnten diese Reserven Ausfälle anderswo ausgleichen. Durch die Sperre der Straße von Hormus ist genau dieser Puffer nun selbst blockiert.

Die weltweiten Erdgasreserven[10]) belaufen sich auf rund 208 Bio. m^3, die weltweite Förderung lag 2024 bei rund 4,27 Bio. m^3. Auch hier dominieren wenige Staaten: Russland, Iran und Katar halten zusammen etwa die Hälfte der Reserven. Russland führt je nach Quelle mit rund einem Fünftel bis knapp einem Viertel, gefolgt vom Iran mit etwa 17% und Katar mit etwa 12%. Zum Vergleich: Die USA verfügen über rund 4,6% der weltweiten Reserven[11]). Katar zählt neben den USA und Australien zu den drei größten LNG-Exporteuren[12]). Etwa ein Fünftel des weltweit gehandelten LNG passiert normalerweise die Straße von Hormus (Dunn & Barden, 2025). Hauptabnehmer des LNG aus der Region sind ebenfalls wieder Länder wie China, Indien, Südkorea und Japan. 2024 gingen 83% des LNG, das die Straße von Hormus passierte, nach Asien[13]). Für die Energieversorgung dieser Länder ist es ein wichtiger Pfeiler. Ein kleinerer Teil gelangt nach Europa, spielt dort jedoch im Vergleich zu den Hauptlieferanten Norwegen (Pipelinegas) und USA (LNG) eine geringere Rolle.

1.3.2 Die Perspektive der EU

Die direkte Abhängigkeit der EU von Öl aus dem Nahen Osten ist begrenzt, aber nicht unerheblich. 2025 importierten die 27 EU-Mitgliedstaaten 429,3 Mio. t Rohöl, davon 13% (55,9 Mio. t) aus dem Nahen Osten. Die wichtigsten Lieferländer waren Saudi-Arabien mit 6,9% und der Irak mit 5,9%[14]). Beim Gas hat sich die Lage seit 2022 grundlegend verändert. Mit der Abkehr von russischem Pipelinegas wurde LNG zur wichtigsten Ausgleichsquelle. 2025 machte es 45% der EU-Gasimporte aus. Hauptlieferant sind die USA mit knapp 58% der EU-LNG-Importe. Katar war mit rund 11 Mrd. m^3 bzw. etwa 8% der drittgrößte LNG-Lieferant der EU[15]). Im 1. Quartal 2026 sank der Anteil Katars an den LNG-Importen Europas auf 6%[16]).

Die Sperre von Hormus und die Bedrohung von Bab al-Mandab wirken auf Europa jedoch vor allem über die Weltmarktpreise, Lieferketten und die Versorgung mit Mineralölprodukten. Die weitere Entwicklung hängt weniger von Marktmechanismen als von politischen Entscheidungen in Washington, Teheran und Riad ab. Höhere Öl- und Gaspreise erhöhen die Inflation und belasten energieintensive Branchen wie Chemie, Stahl und Transport. Anfang Oktober 2026 notierte Brent bei rund 100 $ je Barrel und damit knapp 60% über dem Vorjahresniveau[17]). Hinzu kommen höhere Fracht- und Versicherungskosten sowie Verzögerungen bei Vorprodukten. Durch die höheren Preise profitieren andere Exporteure von den hohen Preisen, darunter vor allem Russland, das damit den Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter finanzieren kann.

---

[9]) International Energy Agency (IEA): Strait of Hormuz, 2026 (https://www.iea.org/about/oil-security-and-emergency-response/strait-of-hormuz).

[10]) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR): Erdgas (https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Rohstoffe/Energierohstoffe/Erdgas/erdgas_node.html).

[11]) https://www.worldometers.info/de/gas/gasreserven-pro-land/.

[12]) https://www.rigzone.com/news/lng_made_up_45_percent_of_eu_gas_imports_in_2025-07-jul-2026-184076-article/.

[13]) Al Jazeera: Iran-US tensions: What would blocking Strait of Hormuz mean for oil, LNG?, 22.02.2026 (auf Basis von EIA-Daten; https://www.aljazeera.com/news/2026/2/22/iran-us-tensions-what-would-blocking-strait-of-hormuz-mean-for-oil-lng).

[14]) Statistisches Bundesamt (Destatis): 6,1% der deutschen Rohöl-Importe 2025 aus dem Nahen Osten, Pressemitteilung Nr. N016 vom 09.03.2026 (auf Basis von Eurostat-Daten; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_N016_51.html).

[15]) https://www.rigzone.com/news/lng_made_up_45_percent_of_eu_gas_imports_in_2025-07-jul-2026-184076-article/.

[16]) https://ieefa.org/european-lng-tracker.

[17]) https://tradingeconomics.com/commodity/brent-crude-oil.

1.4 Fazit

Die Ereignisse seit Februar 2026 zeigen, dass die Diversifizierung der europäischen Energieversorgung nach 2022 die Abhängigkeit nicht beseitigt, sondern verlagert hat. Die Verwundbarkeit liegt heute weniger bei einzelnen Lieferländern als bei den Transportrouten, über die der Weltmarkt versorgt wird. Die Straße von Hormus ist dabei der kritischste Punkt, weil es für einen großen Teil der Golfexporte, insbesondere für LNG aus Katar, keine Alternative gibt. Die wichtigste Ausweichroute führt ausgerechnet über das Rote Meer und damit in die Reichweite der Huthi. Damit sind beide Meerengen strategisch miteinander verknüpft. Auch wenn die EU nur rund 13% ihres Rohöls direkt aus dem Nahen Osten bezieht, trägt sie die Folgen über Weltmarktpreise, die Konkurrenz um LNG und die Versorgung mit Diesel und Kerosin voll mit.

Die Diversifizierungsbemühungen nach 2022 haben die Abhängigkeit von Russland bei Erdöl und Erdgas großteils beseitigt. Das Risiko liegt damit weniger bei einzelnen Lieferländern als bei den Transportrouten des Weltmarkts. Durch Investitionen in die Importinfrastruktur bei Erdgas und die Kapazitätserweiterung im Erdölbereich (durch die TAL- und die JANAF-Ölleitung) konnten auch Transportrouten der EU diversifiziert werden. Dies trug dazu bei, dass es in Europa zu keinen signifikanten physischen Versorgungslücken durch die Sperre der Straße von Hormus kam.

Kurzfristig hilft die Verwendung von Notreserven und Gasspeichern. Die EU verfügt dementsprechend über mehrere Instrumente, um die Folgen abzufedern. Diese beinhalten zunächst die Verwendung der strategischen Ölreserven. Wichtige Beispiele sind die Rekordfreigabe von 400 Mio. Barrel durch die IEA im März 2026 und der G7-Beschluss vom Oktober 2026, die ausstehenden 100 Mio. Barrel Rohöl und Diesel freizugeben, was auch preisdämpfende Effekte hat. Nach der Richtlinie 2009/119/EG müssen die Mitgliedstaaten Notvorräte im Umfang von mindestens 90 Tagen Nettoeinfuhren oder 61 Tagen Inlandsverbrauch halten, je nachdem, welcher Wert höher ist[18]). Die G7-Staaten haben am 2. Oktober 2026 die koordinierte Freigabe von 100 Mio. Barrel Rohöl und Diesel aus ihren strategischen Notreserven beschlossen[19]).

Zusätzlich können größere Raffineriekapazitäten und Produktlager in Europa die Abhängigkeit von Importen aus Golfraffinerien verringern, wobei in Abhängigkeit von Risikobewertungen die richtige Balance zwischen Versorgungssicherheit und finanzieller Mehrbelastung der Wirtschaftsakteure gefunden werden muss.

Längerfristig spielen die weitere Diversifizierung durch stärkere Bezüge aus Norwegen, den USA, Nord- und Westafrika sowie langfristige LNG-Verträge eine immer wichtigere Rolle. Dazu kommen vor allem auch die Erhöhung der Energieeffizienz und der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien. Diese würden die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen dauerhaft verringern. Die Energiewende wird damit auch zu einer Frage der Sicherheitspolitik. Langfristig senkt nur eine geringere Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern das Risiko, dass Konflikte an bestimmten Meerengen[20]) die europäische Wirtschaft unmittelbar treffen.

---

[18]) Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten, ABl. L 265 vom 9.10.2009 (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32009L0119).

[19]) https://www.bbc.com/news/articles/ck87zg8jnwngo.

[20]) Für einen Überblick siehe https://atradius.at/wirtschaft-maerkte/resources/maritime-chokepoints-strategic-vulnerabilities-in-global-trade.

2. Prognose des Warenaußenhandels 2026 und 2027

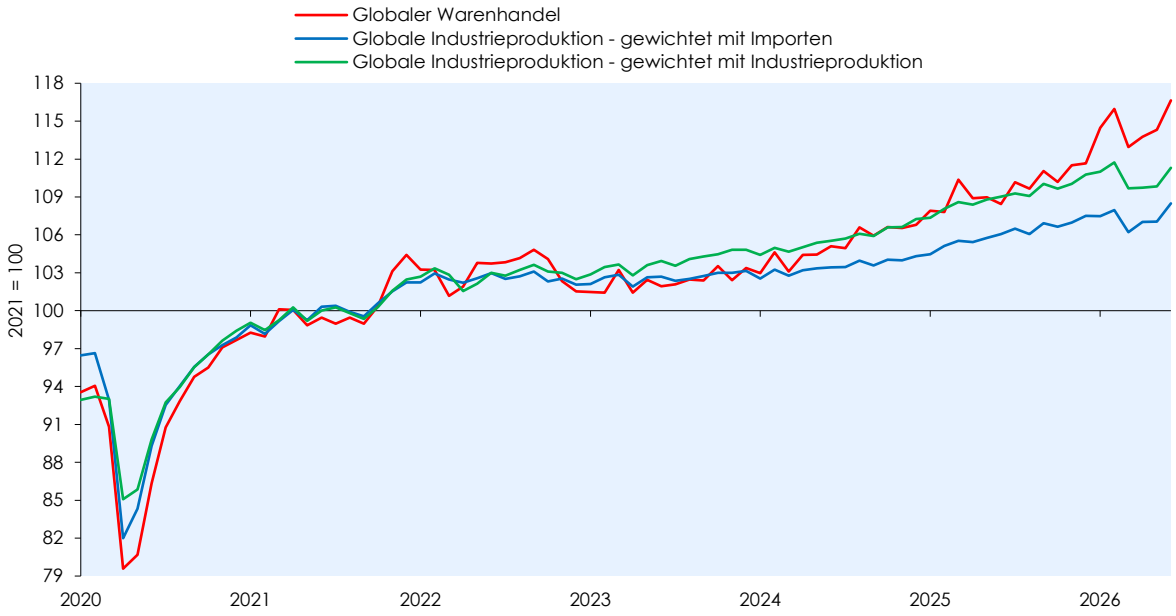
Elisabeth Christen

2.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen

Welthandel trotz Nahost-Konflikt bislang robust

Die Weltwirtschaft steht auch im Herbst 2026 im Zeichen des Ende Februar ausgebrochenen Nahost-Konflikts (siehe Kapitel 1). Die Straße von Hormus, durch die vor dem Krieg rund ein Fünftel der weltweiten Erdöl- und Flüssiggaslieferungen transportiert wurden (Hinz et al., 2026; Pokhrel, 2026), ist nach wie vor weitgehend blockiert. Ein im Juni zwischen den USA und dem Iran geschlossenes Interimsabkommen scheiterte bereits im Juli. Seither macht der Iran die Wiederöffnung der Meerenge von der Umsetzung der damals vereinbarten Bedingungen abhängig, die USA lehnten das jüngste Angebot Teherans jedoch ab[21]). Eine Normalisierung ist damit nicht absehbar.

Abbildung 2.1: Entwicklung des Welthandels (real, saisonbereinigt)



Anmerkung: Letzter Datenpunkt Juni 2026.
Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB).

Trotz dieser Belastungen erwies sich der Welthandel bislang als bemerkenswert widerstandsfähig (Abbildung 2.1; WTO, 2026). Nach einem kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn brach der globale Warenhandel mit Ausbruch der militärischen Auseinandersetzungen im März 2026 zwar spürbar ein, erholte sich in den Folgemonaten aber rasch und erreichte im Juni einen neuen Höchststand. Laut CPB (2026) lag der reale Welthandel im Juni 2026 um rund 7,5% über dem Vorjahresniveau. Auch die globale Industrieproduktion gewann nach dem Rückschlag im März wieder an Schwung (Abbildung 2.1), wenngleich deutlich verhaltener als der Warenhandel. Zuletzt hellte sich die internationale Industriekonjunktur weiter auf. Der globale

[21]) https://www.spiegel.de/ausland/iran-krieg-teheran-knuepft-oeffnung-der-strasse-von-hormus-an-bedingungen-a-830ffb3b-cbef-4546-b82a-cb8a2fc36fc5.

Einkaufsmanagerindex für die Industrie stieg im August, und die Exportneuaufträge nahmen erstmals seit vier Monaten wieder zu (Glocker, 2026). Gestützt wurde der Welthandel unter anderem von der anhaltend starken Investitionsnachfrage nach KI-Technologien, die vor allem dem Handel mit Elektronik- und IT-Waren Auftrieb verleiht (vgl. Oberhofer et al., 2026).

Die globale Erholung verdeckt allerdings, dass die Energiemärkte weiterhin stark angespannt sind. Die im Frühjahr erhoffte rasche Entspannung im Nahen Osten ist ausgeblieben. Nach einer vorübergehenden Beruhigung im Sommer zogen die Rohölpreise im September erneut kräftig an. Ausschlaggebend waren Drohnenangriffe auf die saudi-arabische Ost-West-Pipeline, über die Saudi-Arabien seit Kriegsbeginn einen Großteil seiner Exporte umleitet, sowie gleichzeitige Förderausfälle in Libyen (siehe Kapitel 1.2)[22]). Der Preis für Rohöl der Sorte Brent stieg daraufhin Mitte September auf über 108 $ je Barrel. Mit der schrittweisen Wiederinbetriebnahme der Pipeline gegen Ende September gab der Ölpreis zwar wieder auf knapp unter 100 $ je Barrel nach, lag damit aber immer noch deutlich über dem Jahresdurchschnitt 2025 von 68,2 $ je Barrel.

Energiepreise bleiben im gesamten Prognosezeitraum hoch

Die WIFO-Prognose vom Oktober 2026 unterstellt für den Jahresdurchschnitt 2026 einen Brent-Preis von 94 $ je Barrel (+37,1% gegenüber dem Vorjahr) und für 2027 von 85 $ je Barrel (Übersicht 2.1). Damit bleibt der Ölpreis auch 2027 deutlich über dem Niveau des Jahres 2025. Für den europäischen Erdgaspreis (Dutch TTF) wird für 2026 ein durchschnittlicher Anstieg auf 58 € je MWh (+56,8%) angenommen. 2027 dürfte sich Erdgas mit 62 € je MWh nochmals verteuern (+7,8%). Die leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar (1,16 $ je € im Jahr 2026 und 1,17 $ je € im Jahr 2027) dämpft den Preisanstieg in Euro gerechnet nur geringfügig.

US-Handelspolitik: Zollniveau gesunken, Unsicherheit bleibt hoch

Auch die US-Handelspolitik hat sich seit dem Frühjahr verändert. Nachdem der US Supreme Court die bisherigen reziproken Zölle im Februar für rechtswidrig erklärt hatte und die befristeten Übergangszölle ausgelaufen sind, erheben die USA seit 24. Juli 2026 Zusatzzölle auf Grundlage von Section 301[23]). Für Waren aus der EU gilt nunmehr ein Zollsatz von 10% einschließlich des Meistbegünstigungszolls. Liegt dieser bereits über 10%, fällt kein Zusatzzoll an. Bestehen bleiben jedoch die sektoralen Zölle nach Section 232, etwa 50% auf Stahl und 25% auf Halbleiter. Seit 31. Juli 2026 gilt zudem ein Zoll von 15% auf pharmazeutische Produkte, der Ende September ausgeweitet wurde[24]). Betroffen ist damit eine jener Warengruppen, die zuletzt die Erholung der österreichischen Exporte in die USA mitgetragen hat. Hinzu kommen neue Zolldrohungen, etwa im Zusammenhang mit europäischen Digitalsteuern[25]). Die EU ist ihrerseits den Verpflichtungen aus dem EU-US-Abkommen nachgekommen und hat mit 1. Juli 2026 ihre Zölle auf US-amerikanische Industriewaren abgeschafft. Die US-Wirtschaft dürfte 2026 und 2027 mit 2,1% bzw. 2,2% zwar weiterhin solide wachsen (Übersicht 2.1), die anhaltende Unsicherheit erschwert jedoch die Planbarkeit für exportierende Unternehmen. Die USA, 2025 mit einem Anteil von 6,8% an den österreichischen Warenexporten nur noch knapp vor Italien zweitwichtigster Exportmarkt, haben damit als Wachstumsstütze der heimischen Exportwirtschaft an Bedeutung eingebüßt (Oberhofer et al., 2026).

---

[22]) https://www.handelsblatt.com/politik/international/konflikt-im-nahen-osten-pipeline-stillgelegt-saudische-oelexporte-massiv-unter-druck/100254031.html.

[23]) https://www.wko.at/aussenwirtschaft/us-zoelle.

[24]) https://www.wko.at/aussenwirtschaft/us-zoelle-pharma-inhaltsstoffe.

[25]) https://www.handelsblatt.com/politik/international/aussenhandel-eu-wehrt-sich-gegen-trumps-zoll-drohungen-wegen-digitalsteuer/100236231.html.

Übersicht 2.1: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025	2026 Prognose	2027 Prognose
BIP real						
Euro-Raum	3,7	0,4	1,2	1,2	1,1	1,1
Deutschland	1,9	-1,0	0,0	0,2	1,3	1,2
MOEL 5	4,2	0,3	2,4	2,8	2,7	2,2
Schweiz	3,5	1,0	1,5	1,6	1,6	1,0
USA	2,5	2,9	2,8	2,2	2,1	2,2
China	3,0	5,2	5,0	4,9	4,5	4,2
Rohölpreis (Brent, $ je Barrel)	39,8	-16,9	-2,9	-14,6	37,1	-9,6
Erdgaspreis (Dutch TTF, € je MWh)	194,4	-68,8	-18,3	6,4	56,8	7,8
Wechselkurs ($ je €)	-11,0	2,6	0,0	4,4	2,7	0,9
Real-effektiver Wechselkursindex	-1,8	3,4	0,9	2,2	0,7	0,6
Marktwachstum real Österreich	5,7	-3,2	0,5	3,8	3,6	1,4

Anmerkung: MOEL 5 – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien.
Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2026.

Deutschland trägt die Konjunktur im Euro-Raum und stützt die österreichischen Exportmärkte

Die Wirtschaft im Euro-Raum dürfte 2026 und 2027 mit jeweils 1,1% moderat wachsen (Übersicht 2.1). Die Aussichten für das laufende Jahr haben sich gegenüber dem Frühjahr leicht verbessert, 2027 dürften die anhaltend hohen Energiepreise eine Beschleunigung des Wachstums jedoch verhindern. Getragen wird die Konjunktur vor allem von Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs (Wollmershäuser et al., 2026). Dank der fiskalischen Mehrausgaben für Infrastruktur und Verteidigung sowie einer Belebung der Industriekonjunktur dürfte die deutsche Wirtschaft 2026 um 1,3% wachsen, nach nur 0,2% im Jahr 2025. Für 2027 wird ein Zuwachs von 1,2% erwartet. Auch in den MOEL 5 bleibt die Dynamik mit +2,7% (2026) bzw. +2,2% (2027) überdurchschnittlich.

Auf Basis dieser Annahmen zur internationalen Konjunktur und der darauf aufbauenden Importprognosen der Handelspartner auf Grundlage von Oxford Economics dürften die österreichischen Exportmärkte 2026 um 3,6% wachsen und damit deutlich kräftiger als noch im Frühjahr erwartet. Ausschlaggebend dafür ist die zunehmende Konjunkturerholung in den wichtigsten Handelspartnern Österreichs, allen voran die stärkere Industrienachfrage aus Deutschland, sowie auch aus Italien und der Schweiz. Für 2027 wird eine Verlangsamung des Marktwachstums auf 1,4% erwartet, da insbesondere die Wachstumsimpulse aus Deutschland wieder nachlassen dürften.

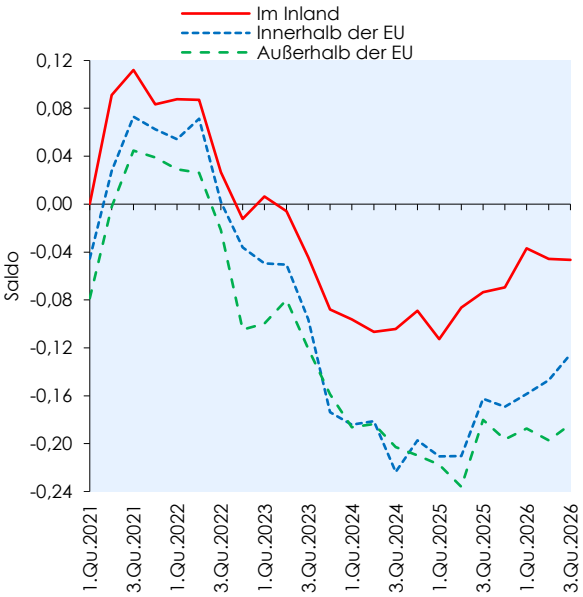
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich leicht verbessert

Nach der deutlichen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in den Vorjahren zeichnet sich im Jahr 2026 eine leichte Entspannung ab (Abbildung 2.2). Die relativen Lohnstückkosten Österreichs gegenüber dem Euro-Raum lagen im ersten Halbjahr 2026 um rund 1,4% unter dem Durchschnitt des Jahres 2025, auch gegenüber Deutschland verringerte sich der Abstand etwas (Abbildung 2.2, rechts oben). Der real-effektive Wechselkursindex auf Basis der Verbraucherpreise ist seit seinem Höchststand im Dezember 2025 gesunken, jener auf Basis der Lohnstückkosten lag im ersten Halbjahr 2026 ebenfalls unter dem Niveau des Vorjahres (Abbildung 2.2, links unten; siehe auch Kapitel 3.2). Zudem hat sich der Abstand der Warenexportpreisentwicklung zum Euro-Raum deutlich verringert. Während die österreichischen Warenexportpreise 2025 verglichen mit dem Durchschnitt des Euro-Raums noch um 0,9 Prozentpunkte stärker stiegen, betrug die Differenz im ersten Halbjahr 2026 nur noch +0,2 Prozentpunkte (Abbildung 2.2, rechts unten).

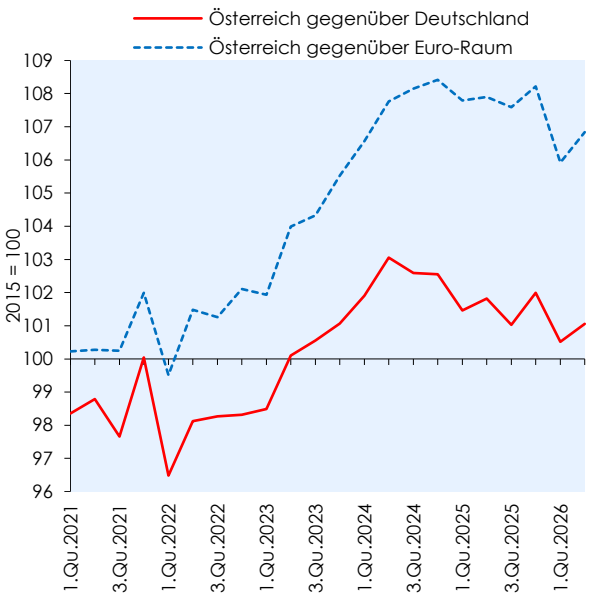
Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Einschätzungen der Unternehmen im WIFO-Konjunkturtest wider (Abbildung 2.2, links oben). Zwar überwiegen weiterhin die negativen Meldungen zur eigenen Wettbewerbsposition, der Saldo hat sich aber seit dem Tiefpunkt im 2. Quartal 2025 sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU merklich verbessert. Bei den für Österreich besonders bedeutsamen Investitionsgütern setzte sich die Aufhellung innerhalb der EU fort, besonders kräftig verbesserten sich zuletzt die Einschätzungen bei den dauerhaften Konsumgütern.

Abbildung 2.2: Wettbewerbsposition Österreichs

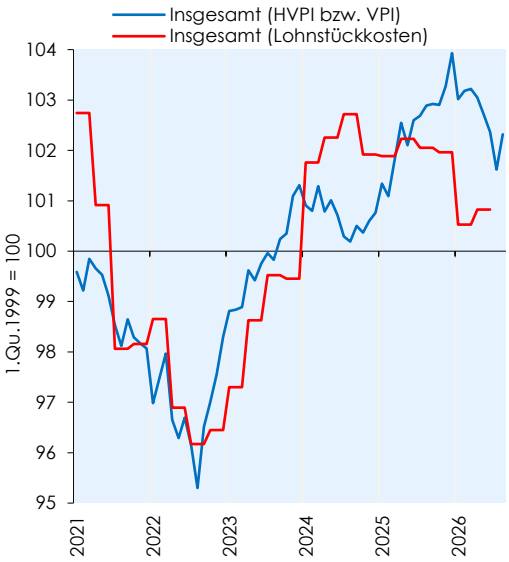
Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten



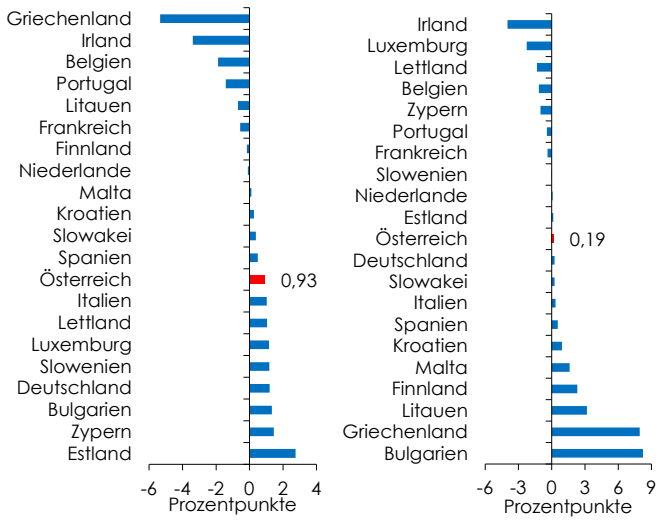
Relative Lohnstückkosten (saisonbereinigt)



Real-effektiver Wechselkursindex



Abweichung der Preisentwicklung zum Euro-Raum 2025 1. bis 2. Quartal 2026



Anmerkung: Der Saldo bei der Unternehmenseinschätzung errechnet sich aus dem Anteil der Unternehmen, die in den letzten 3 Monaten eine steigende Wettbewerbsposition erwarteten, minus dem Anteil der Unternehmen, die in den letzten 3 Monaten eine sinkende Wettbewerbsposition erwarteten. Die Lohnstückkosten werden mit dem BIP zu Faktorkosten (deflationiert mit dem BIP-Deflator) berechnet. Der real-effektive Wechselkurs ist export- und importgewichtet und in Klammern ist die Art der Deflationierung angegeben. Die Abweichung der Preisentwicklung ergibt sich aus dem Vergleich der Veränderungsraten der Warenexportpreise mit dem Euro-Raum.
Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2026, Eurostat, WIFO-Berechnungen.

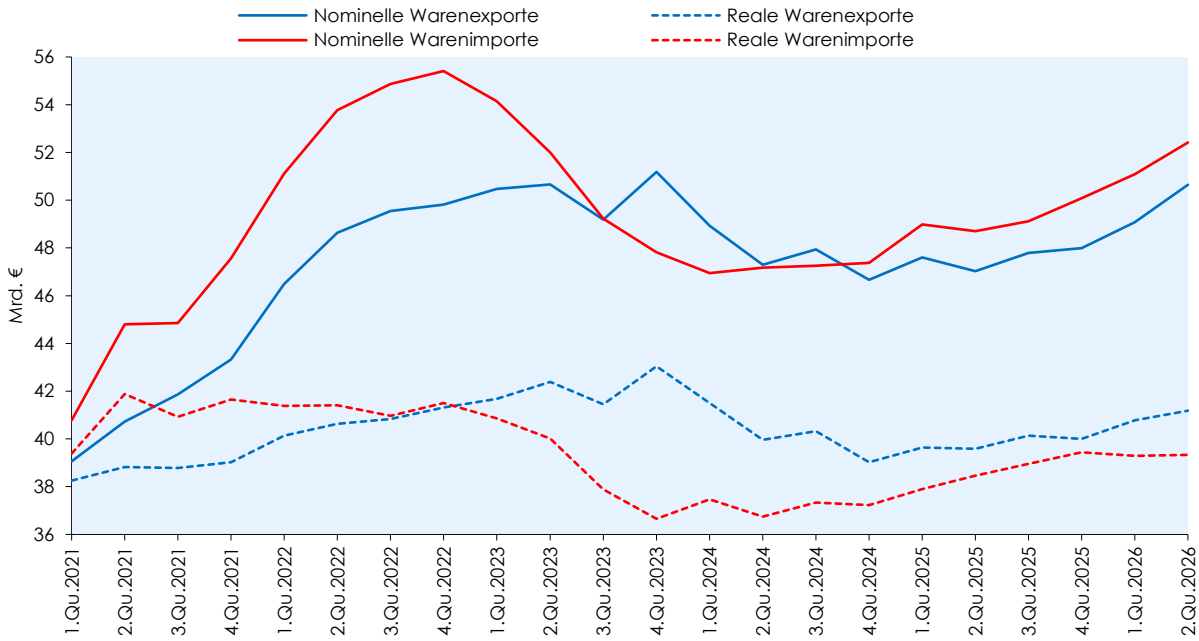
2.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2026 und 2027

Kräftige Exportdynamik im ersten Halbjahr 2026

Die österreichischen Warenexporte entwickelten sich im ersten Halbjahr 2026 deutlich dynamischer als im Frühjahr angenommen. Laut den vorläufigen Außenhandelsdaten von Statistik Austria stiegen die Warenexporte zu laufenden Preisen (nominell) im 1. Quartal um 3,1% gegenüber dem Vorjahr, im 2. Quartal beschleunigte sich das Wachstum auf 7,7%. Für das gesamte erste Halbjahr ergibt sich damit ein nominelles Exportwachstum von 5,4%, preisbereinigt (real) nahmen die Warenexporte um 3,5% zu. Damit hat die österreichische Exportwirtschaft die Rückgänge der beiden Vorjahre hinter sich gelassen.

Der Verlauf der saison- und kalenderbereinigten Quartalswerte verdeutlicht den Aufwärtstrend (Abbildung 2.3). Die nominellen Warenexporte nahmen im 1. Quartal 2026 um 2,3% und im 2. Quartal um 3,2% gegenüber dem Vorquartal zu, real betrug der Zuwachs 1,9% bzw. 1,0%. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Warenimporte. Während die nominellen Importe im ersten Halbjahr 2026 deutlich zulegten (+2,0% bzw. +2,6% gegenüber dem Vorquartal), stagnierten sie real nahezu (−0,4% bzw. +0,1%). Der Anstieg der Importwerte ist damit überwiegend auf höhere Importpreise, insbesondere für Energie, zurückzuführen.

Abbildung 2.3: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte (saison- und kalenderbereinigt)



Quelle: Statistik Austria; WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

Breit gestreute Wachstumsimpulse – Deutschland wichtigster Treiber

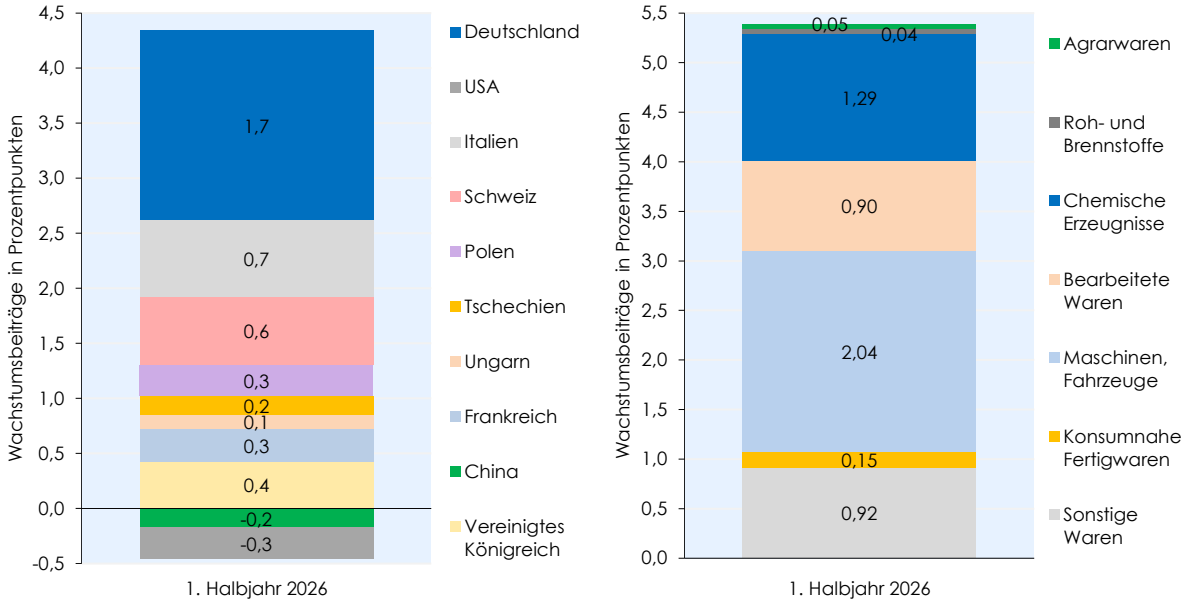
Die Exportdynamik im ersten Halbjahr 2026 wurde – mit Ausnahme von China und den USA – von allen wichtigen Handelspartnern Österreichs gestützt (Abbildung 2.4, linkes Panel). Den mit Abstand höchsten Wachstumsbeitrag lieferten die Ausfuhren nach Deutschland mit 1,7 Prozentpunkten. Lebhaft war die Nachfrage aus Deutschland, vor allem nach bearbeiteten Waren und chemischen Erzeugnissen sowie nach Maschinen und Fahrzeugen. Zudem trugen Goldexporte zu diesem Zuwachs bei. Kräftige Impulse kamen auch aus Italien (+0,7 Prozentpunkte) und der Schweiz (+0,6 Prozentpunkte), gefolgt vom Vereinigten Königreich

(+0,4 Prozentpunkte) sowie Frankreich und Polen (jeweils +0,3 Prozentpunkte). Die Exporte nach China wirkten mit −0,2 Prozentpunkten dämpfend.

Die Ausfuhren in die USA lieferten im ersten Halbjahr 2026 mit −0,3 Prozentpunkten zwar noch einen negativen Wachstumsbeitrag, die Entwicklung im Jahresverlauf deutet aber auf eine Stabilisierung hin. Nach einem neuerlichen kräftigen Rückgang im 1. Quartal 2026 (-15,7%) verzeichneten die Exporte in die USA im 2. Quartal mit +10,3% erstmals seit über einem Jahr wieder deutliche Zuwächse, allerdings ausgehend von einem stark gedrückten Vorjahresniveau (erstes Halbjahr 2025: -13,4%; Oberhofer et al., 2026). Getragen wurde diese Erholung vor allem von der Ausfuhr von Maschinen, insbesondere elektrischen Transformatoren und Maschinen für besondere Zwecke, sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen. Über das gesamte erste Halbjahr gerechnet blieben die Exporte in die USA mit −4,0% jedoch noch unter dem Vorjahresniveau, eine nachhaltige Trendwende zeichnet sich daher noch nicht ab.

Nach Warengruppen zeigt sich ein breit gestreutes Bild (Abbildung 2.4, rechtes Panel). Den höchsten Wachstumsbeitrag lieferten Maschinen und Fahrzeuge mit 2,0 Prozentpunkten, wovon 1,1 Prozentpunkte auf Maschinen und 0,9 Prozentpunkte auf Fahrzeuge entfielen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Investitionsgüterschwäche, die die österreichische Exportwirtschaft in den letzten beiden Jahren besonders belastet hatte, allmählich überwunden wird. Chemische Erzeugnisse trugen 1,3 Prozentpunkte bei, davon rund die Hälfte pharmazeutische Erzeugnisse. Auch bearbeitete Waren (+0,9 Prozentpunkte) und sonstige Waren (+0,9 Prozentpunkte), allen voran Gold, lieferten spürbare Impulse, während die Beiträge von konsumnahen Fertigwaren, Agrarwaren sowie Roh- und Brennstoffen gering blieben.

Abbildung 2.4: Wachstumsbeiträge der Top-10-Handelspartner und ausgewählter Warengruppen im österreichischen Export



Quelle: Statistik Austria; WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond.

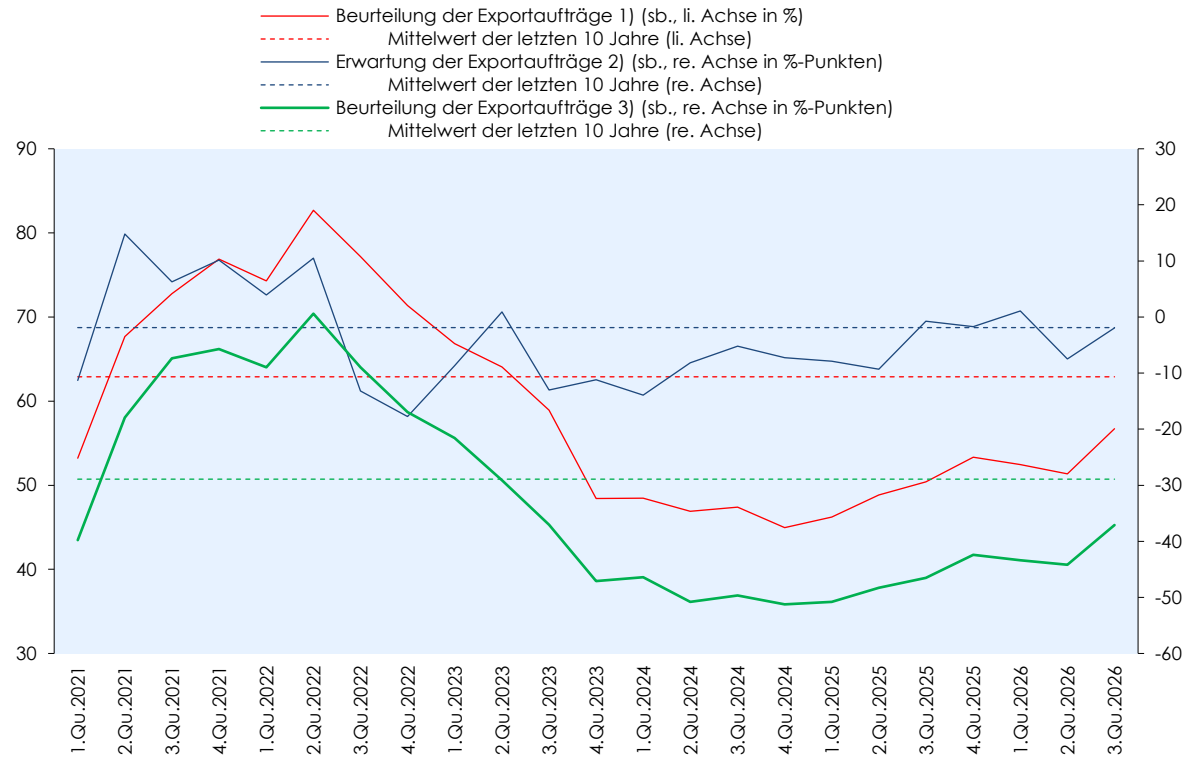
Unternehmen schätzen die Exportaufträge wieder zuversichtlicher ein

Die Stimmung der Exporteure hat sich laut WIFO-Konjunkturtest vom September 2026 über den Sommer weiter aufgehellt (Abbildung 2.5). Rund 57% der Industrieunternehmen beurteilten ihre Exportaufträge im 3. Quartal 2026 als zumindest ausreichend. Dies ist der höchste Wert seit dem 3. Quartal 2023, er liegt allerdings noch unter dem Mittelwert der letzten zehn Jahre von knapp 63%. Auch der Saldo aus positiven und negativen Beurteilungen der Exportaufträge verbesserte sich deutlich, wobei sich die Beurteilung zuletzt vor allem bei Investitionsgütern und

Vorprodukten aufhellte. Ebenso deutet der UniCredit Bank Austria Einkaufsmanagerindex auf eine Belebung hin. Der Teilindex für Exportaufträge stieg im August auf 53,2 Punkte, der Gesamtindex erreichte mit 54,4 Punkten den höchsten Stand seit dem Frühjahr 2022 (Glocker, 2026).

Bei den Erwartungen zur Entwicklung der Exportaufträge in den kommenden drei Monaten zeigt sich nach dem markanten Einbruch im 2. Quartal 2026, der unmittelbar unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs und des Energiepreisschocks stand, ebenfalls wieder eine deutliche Verbesserung. Der Saldo stieg von -7,5 Prozentpunkten auf -1,9 Prozentpunkte (Abbildung 2.5) und erreichte damit wieder den langjährigen Durchschnitt, wenngleich die negativen Einschätzungen nach wie vor leicht überwiegen. Zuversichtlich zeigten sich die Unternehmen vor allem bei Vorprodukten, Investitionsgütern sowie in der Kfz-Industrie. Die erneute Zuspitzung am Ölmarkt Mitte September dürfte sich in den Umfrageergebnissen allerdings erst teilweise niedergeschlagen haben.

Abbildung 2.5: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick



Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2026. – [1]) Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen. – [2]) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten steigende Exportaufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten sinkende Exportaufträge erwarten. – [3]) Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "mehr als ausreichend" beurteilen, minus Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "nicht ausreichend" beurteilen.

Exporte erholen sich 2026 spürbar, 2027 flacht die Dynamik ab

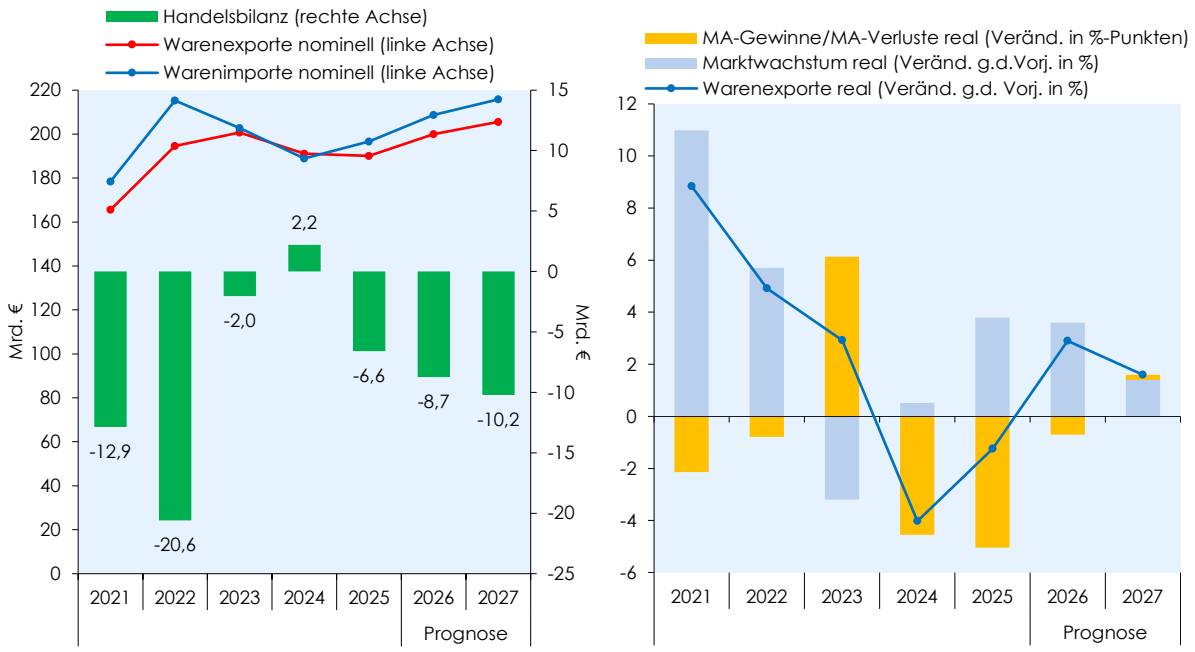
Vor dem Hintergrund der kräftigen Exportdynamik im ersten Halbjahr und des höheren Marktwachstums wird die Exportprognose für 2026 deutlich angehoben. Die Prognose geht von einer moderaten Abschwächung der Dynamik im zweiten Halbjahr aus. Der starke Importimpuls aus Deutschland und die verbesserte internationale Industriekonjunktur stützen die Exporte zwar weiterhin, an das außergewöhnlich starke 2. Quartal dürften sie aber nicht anknüpfen, zumal die hohen Energiepreise die Kostenposition der energieintensiven Industrie belasten. Insgesamt

wird für 2026 ein realer Anstieg der Warenexporte um 2,9% laut Außenhandelsstatistik erwartet, auf Basis der VGR um 2,4% (Abbildung 2.6; Glocker & Ederer, 2026).

Die österreichische Warenexportwirtschaft wächst damit 2026 etwas langsamer als ihre Absatzmärkte (+3,6%) und verliert real erneut Marktanteile (Abbildung 2.6, rechtes Panel). Mit rund 0,7 Prozentpunkten fallen die Marktanteilsverluste jedoch deutlich geringer aus als in den beiden Vorjahren, in denen sie sich auf knapp 10 Prozentpunkte summierten (-4,5 Prozentpunkte 2024 bzw. -5,0 Prozentpunkte 2025). Dass die Verluste nicht gänzlich ausbleiben, spiegelt die trotz der jüngsten Verbesserung nach wie vor ungünstige Wettbewerbsposition wider (siehe Kapitel 2.1). Hinzu kommen die hohen Energiekosten und der verschärfte Wettbewerb mit chinesischen Anbietern. Dämpfend auf die Marktanteilsverluste wirkt dagegen ein günstigerer Warenstruktureffekt, da sich die Nachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen bei den wichtigsten Handelspartnern belebt. Nominell dürften die Warenexporte 2026 rund 200 Mrd. € erreichen (+5,2%; Abbildung 2.6, linkes Panel).

Für 2027 wird ein Anstieg der realen Warenexporte um 1,6% prognostiziert. Die Wachstumsimpulse aus Deutschland werden laut den Importprognosen der Handelspartner deutlich nachlassen und es bleibt offen, inwieweit der Fiskalstimulus in Deutschland der österreichischen Exportwarenstruktur entgegenkommt. Mit der weiteren Erholung der Industrieproduktion und der Investitionen in Europa sollte die österreichische Exportwirtschaft 2027 aber von einer günstigeren Warenstruktur der Nachfrage profitieren und bei einem Marktwachstum von 1,4% ihre Marktanteile erstmals seit 2023 wieder leicht ausweiten (+0,2 Prozentpunkte; Abbildung 2.6, rechtes Panel). Die kräftigen Verluste der Jahre 2024 und 2025 werden dadurch allerdings bei Weitem nicht wettgemacht.

Abbildung 2.6: Außenhandelsprognose



Anmerkung: Marktwachstum real - Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen.
Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2026.

Energiepreise belasten Terms-of-Trade und Handelsbilanz

Die Importprognose baut auf den Prognosen der importintensiven inländischen Nachfragekomponenten auf. Der private Konsum insgesamt bleibt 2026 mit real +0,4% verhalten, die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – der mit Abstand importintensivsten

Konsumkomponente – dürfte mit 1,5% jedoch deutlich kräftiger zulegen. Gemeinsam mit der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen und dem steigenden Bedarf an Vorleistungsimporten für die Exportproduktion stützt dies für 2026 ein reales Wachstum der Warenimporte um 2,1% laut Außenhandelsstatistik bzw. um 1,6% laut VGR. Für 2027 wird ein realer Importzuwachs von 1,4% erwartet.

Die Verteuerung von Rohöl und Erdgas schlägt deutlich stärker auf die Import- als auf die Exportpreise durch, da Energieträger einen weitaus höheren Anteil an den österreichischen Importen als an den Exporten haben. Die Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) werden sich daher 2026 deutlich verschlechtern. Aufgrund der hohen Rohstoffpreisannahmen, insbesondere des weiteren Anstiegs der Erdgaspreise, zeichnet sich auch für 2027 eine Verschlechterung ab. Die nominellen Warenimporte dürften 2026 mit 6,1% stärker zunehmen als die Exporte (+5,2%). In der Folge weitet sich das Defizit der Warenhandelsbilanz von 6,6 Mrd. € im Jahr 2025 auf 8,7 Mrd. € im Jahr 2026 aus (Abbildung 2.6, linkes Panel). Für 2027 ist keine Verbesserung in Sicht, das Defizit dürfte sich auf 10,2 Mrd. € weiter vergrößern.

2.3 Stellenwert der Öllieferungen aus der Golfregion für Österreich

Österreichs Rohölimporte stark auf wenige Lieferländer und Handelsrouten konzentriert

Österreich deckt seinen Erdölbedarf zum Großteil durch Importe, die heimische Förderung trägt nur mit rund 6% zum Verbrauch bei. Im Jahr 2025 wurden knapp 8,3 Mio. t Rohöl im Wert von rund 4,0 Mrd. € importiert (Abbildung 2.7). Rohöl machte 2025 rund 50% der gesamten Ölimporte aus, der Rest entfiel auf Mineralölprodukte, allen voran Diesel (rund 34%). Das Rohöl gelangt über den Hafen Triest und die Transalpine Ölleitung (TAL) sowie die Adria-Wien-Pipeline in die Raffinerie Schwechat[26]).

Übersicht 2.2: Die wichtigsten Importländer Österreichs von Rohöl (KN 2709 00 90)

	2025	2025		1.Hj.2026	1.Hj.2026
	Mio. €	Anteile in %		Mio. €	Anteile in %
Welt	4.005,0	100,0	Welt	2.338,5	100,0
Top-5	3.803,7	95,0	Top-5	2.098,3	89,7
Kasachstan	2.325,9	58,1	Kasachstan	1.217,2	52,0
Libyen	611,0	15,3	Libyen	317,4	13,6
Saudi-Arabien	464,2	11,6	Guyana	226,4	9,7
Guyana	291,1	7,3	USA	213,8	9,1
Irak	111,5	2,8	Vereinigtes Königreich	123,6	5,3
Übrige Länder	201,3	5,0	Übrige Länder	240,2	10,3

Quelle: Eurostat.

Die Bezugsquellen sind stark konzentriert. Wichtigster Lieferant war 2025 mit einem Anteil von 58,1% am Gesamtimportwert Kasachstan, gefolgt von Libyen (15,3%) und Saudi-Arabien (11,6%). Auf diese drei Länder entfielen damit 85% der österreichischen Rohölimporte, auf die fünf wichtigsten Lieferländer sogar 95% (Übersicht 2.2). Gemessen an den gesamten Warenimporten sind die vom Nahost-Konflikt unmittelbar betroffenen Länder für Österreich zwar wenig bedeutend (rund 0,6%; Oberhofer et al., 2026), bei Rohöl ist die direkte Abhängigkeit von Saudi-Arabien jedoch fast doppelt so hoch verglichen mit dem EU-Durchschnitt (5,9%, siehe Kapitel 1).

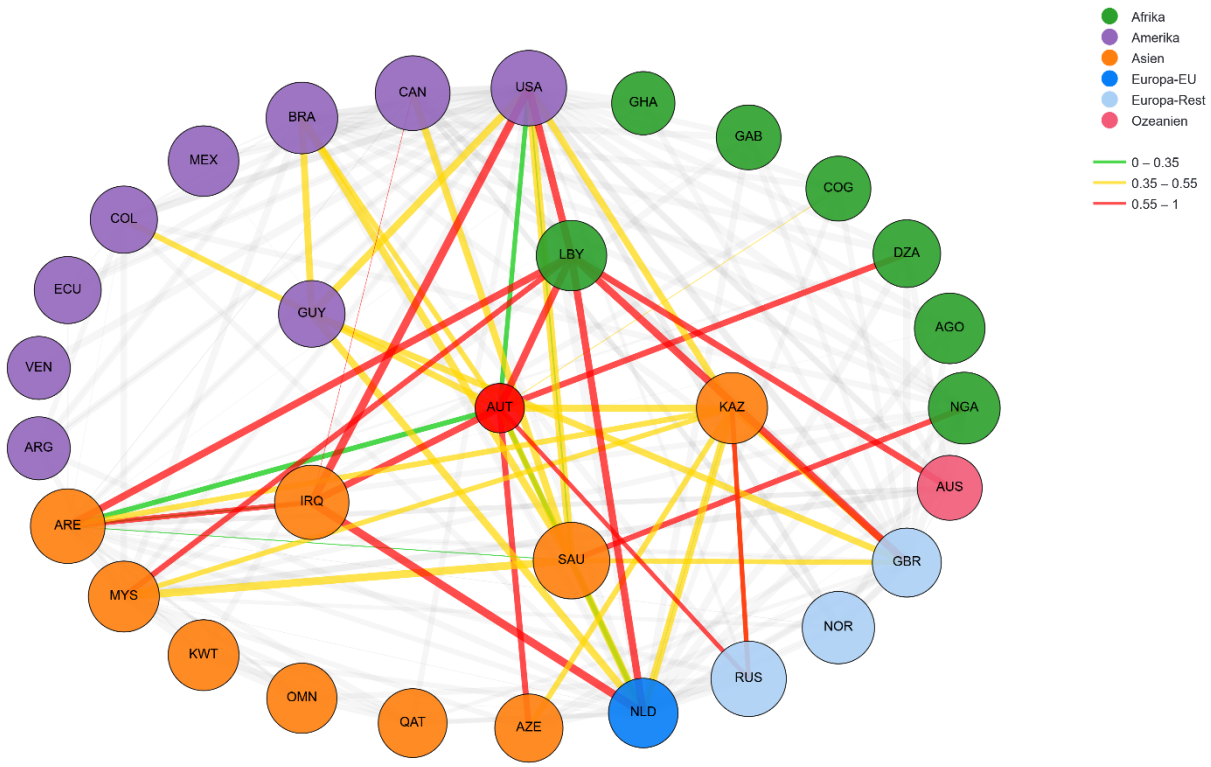
[26]) https://ascii.ac.at/news-events/pressemeldung-%E2%94%82-osterreichs-abhangigkeit-bei-ol-94-prozent-durch-eine-pipeline-52-prozent-uber-einen-hafen/.

Im ersten Halbjahr 2026 verschob sich die Struktur der Bezugsquellen unter dem Eindruck des Nahost-Konflikts deutlich (Übersicht 2.2). Mit der Blockade der Straße von Hormus und den Einschränkungen auf der Umgehungsroute über die Ost-West-Pipeline zum Roten Meer gingen die Lieferungen aus Saudi-Arabien nach Österreich deutlich zurück. Saudi-Arabien, 2025 noch drittwichtigster Lieferant, zählt nicht mehr zu den fünf wichtigsten Lieferländern. Ersetzt wurden diese Lieferungen vor allem durch Bezüge aus Guyana (9,7%, nach 7,3% im Jahr 2025), den USA (9,1%) sowie aus dem Vereinigten Königreich (5,3%). Auch die Anteile Kasachstans (52,0%) und Libyens (13,6%) gingen zurück, sodass der Anteil der fünf wichtigsten Lieferländer von 95,0% auf 89,7% sank.

Direkte und indirekte Lieferverflechtungen bei Rohöl

Neben den direkten Lieferungen ist Österreich über Drittländer auch indirekt in das globale Rohölhandelsnetzwerk eingebunden. Abbildung 2.7 veranschaulicht diese direkten und indirekten Handelsverflechtungen auf Basis der disaggregierten BACI-Handelsdaten für das Jahr 2023. Im inneren Kreis sind die fünf wichtigsten Lieferländer Österreichs abgebildet (Kasachstan, Libyen, Irak, Saudi-Arabien und Guyana), der äußere Kreis umfasst die 25 weltweit wichtigsten Rohölexporteure. Die Linienstärke gibt den relativen Wert des Handelsstroms wieder, die Größe der Knoten den relativen Exportwert im Handelsnetzwerk. Die Farbe der Handelsströme bildet das Länderrisiko des jeweiligen Exportlandes ab, das die geopolitische, wirtschaftliche und klimapolitische Lage zusammenfasst (Latzenhofer et al., 2026).

Abbildung 2.7: Direkte und indirekte Handelsverflechtungen Österreichs: Rohöl (HS 2709.00), 2023



Anmerkung: Anzahl Top-Importländer: 5; Schwellenwerte für Länderrisiko bei 0,35 und 0,55.
Quelle: CEPII, BACI; WIFO-Berechnungen.

Es zeigt sich, dass ein Großteil der direkten Lieferbeziehungen Österreichs auf Länder mit mittlerem (gelb) bis hohem Länderrisiko (rot) entfällt. Saudi-Arabien ist dabei nicht nur direkt, sondern über wichtige Handelsdrehscheiben wie die Niederlande sowie über weitere Lieferländer auch indirekt mit Österreich verbunden. Für die Versorgungssicherheit sind zudem die

Handelsrouten entscheidend (siehe Kapitel 1.2 und 2.1). Im September waren mit Libyen und Saudi-Arabien die zweit- und drittwichtigsten Rohöllieferanten Österreichs im Jahr 2025, auf die zusammen rund 27% der Rohölimporte entfielen, gleichzeitig von Lieferstörungen betroffen. Die Angebotsverknappung und die gestiegenen Risikoprämien schlagen sich allerdings markant in den Preisen nieder und tragen damit wesentlich zur Verschlechterung der Terms-of-Trade und der Handelsbilanz im Prognosezeitraum bei.

2.4 Prognoserisiken

Abwärtsrisiken überwiegen – Energiepreise als zentraler Unsicherheitsfaktor

Die Risiken für die Prognose sind weiterhin nach unten gerichtet und gehen vor allem vom Nahost-Konflikt aus. Die Energiepreisannahmen der Prognose orientieren sich an den Markterwartungen von Mitte September. Eine Verschärfung des Konflikts im Nahen Osten bzw. eine weitere Unterbrechung der zentralen Handelsrouten könnte die Weltmarktpreise für Energie wieder deutlich ansteigen lassen und das Risiko für Lieferengpässe erhöhen. Zudem würde ein länger anhaltender Energiepreisschock die Investitionsnachfrage der europäischen Industrie spürbar dämpfen und die Exportdynamik insbesondere 2027 deutlich abschwächen. Auch die Lieferungen aus Kasachstan, Österreichs wichtigstem Rohöllieferanten, sind nicht frei von Risiken.

Handelspolitisch bleibt trotz des EU-US-Abkommens Unsicherheit bestehen, da die US-Zölle in kurzer Folge auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen gestellt wurden und sektorale Zölle weiterhin gelten. Zudem könnten Umlenkungseffekte infolge der US-Zollpolitik, insbesondere vonseiten Chinas, den Wettbewerbsdruck auf europäischen Märkten verschärfen. Darauf deutet auch die anhaltend kräftige Ausweitung der chinesischen Exporte hin, die im Juli um 23,9% über dem Vorjahresniveau lagen (Glocker, 2026). Offen ist auch, in welchem Ausmaß der Fiskalstimulus in Deutschland der österreichischen Exportwirtschaft zugutekommt. Aufwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus einer raschen diplomatischen Lösung im Nahen Osten sowie potenzialstärkenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

3. Monetäre Entwicklungen und Wettbewerbsfähigkeit

Martin Ertl, Sebastian Koch, Klaus Weyerstraß

3.1 Geldpolitik, Kapital- und Kreditmärkte

Im Jahr 2026 hat sich die geldpolitische Ausrichtung der wichtigsten Zentralbanken grundlegend verändert.

Die Geldpolitik war im Jahr 2025 noch durch die Fortsetzung der 2024 eingeleiteten Lockerung geprägt. Rückläufige Inflationsraten und eine verhaltene konjunkturelle Entwicklung ermöglichten es den großen Zentralbanken, ihre restriktive Ausrichtung schrittweise zu reduzieren. Im laufenden Jahr führte der starke Anstieg der Energiepreise infolge des Nahost-Konflikts erneut zu deutlich höheren Inflationsraten und veranlasste mehrere Zentralbanken zu einer restriktiveren Ausrichtung (Übersicht 3.1).

Übersicht 3.1: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2023	4,00	5,25 – 5,50	5,25	1,75	–0,10
Ende 2024	3,00	4,25 – 4,50	4,75	0,50	0,25
Ende 2025	2,00	3,50 – 3,75	3,75	0,00	0,75
1. Oktober 2026	2,50	3,75 – 4,00	3,75	0,00	1,25

Anmerkung: Für die Europäische Zentralbank wird der Einlagensatz dargestellt.
Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** senkte den Einlagensatz im Jahr 2025 in vier Schritten von 3,00% auf 2,00%. Nach einer mehrmonatigen Zinspause änderte sich die geldpolitische Ausrichtung im Jahr 2026 jedoch deutlich. Aufgrund des starken Energiepreisanstiegs und der damit verbundenen Inflationsrisiken erhöhte die EZB den Einlagensatz im Juni und im September um jeweils 25 Basispunkte auf 2,50%. Gleichzeitig wurde die Prognose für die durchschnittliche Inflation im Euro-Raum für 2026 und 2027 auf 3,0% bzw. 2,5% angehoben.

Auch die **Federal Reserve (Fed)** vollzog im Jahr 2025 zunächst weitere Zinssenkungen und reduzierte den Zielkorridor bis Jahresende auf 3,50% bis 3,75%. Im September 2026 erhöhte sie den Leitzins angesichts weiterhin erhöhter Inflation und einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung um 25 Basispunkte auf 3,75% bis 4,00%. Damit hat sich die geldpolitische Ausrichtung gegenüber 2025 auch in den USA verändert, wenngleich trotz der hohen Inflationsrate deutlich später als im Euro-Raum.

Im Jahr 2026 beließ die **Bank of England** ihren Leitzins bisher bei 3,75%. Auch die **Schweizerische Nationalbank (SNB)** änderte ihre Zinspolitik bislang nicht; sie hielt ihren Leitzins bei 0%. Gleichzeitig versucht sie durch Verkäufe von Schweizer Franken dem Aufwertungsdruck zu begegnen. Die **Bank of Japan** setzte ihre Normalisierung der Geldpolitik fort und erhöhte den kurzfristigen Zinssatz im September 2026 auf 1,25%.

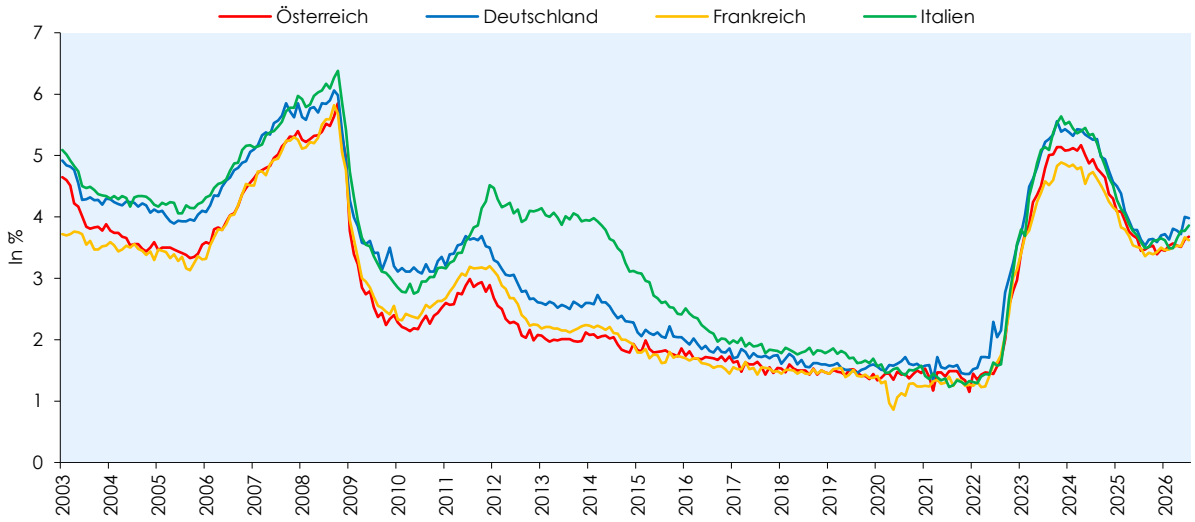
Im Euro-Raum stieg die HVPI-Inflation im August 2026 auf 3,2%, nach 2,9% im Juli. Wesentlicher Treiber war der starke Anstieg der Energiepreise. Laut Schnellschätzung erhöhte sich die Inflation im September weiter auf 3,8%, wobei die Energiepreise um 18,8% zulegten. Damit liegt die Inflation wieder klar über dem mittelfristigen Preisstabilitätsziel der EZB.

Die Geldmarktzinsen im Euro-Raum haben sich mit den EZB-Zinserhöhungen wieder nach oben orientiert. Auf den Rentenmärkten verstärkten die steigenden Inflationserwartungen den Aufwärtsdruck auf die langfristigen Renditen.

Die Rendite 10-jähriger österreichischer Bundesanleihen lag Ende September 2026 bei rund 3,8%, während die Rendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen bei rund 3,6% lag. Damit haben sich die langfristigen Finanzierungskosten gegenüber dem Jahresbeginn deutlich erhöht. Neben der Inflationsentwicklung beeinflussen insbesondere die gestiegenen öffentlichen Finanzierungserfordernisse, höhere Risikoaufschläge und die geopolitische Unsicherheit die Rentenmärkte. Die Finanzierungskosten des Staates liegen damit weiterhin deutlich über den in der Phase der sehr niedrigen Inflation und Zinsen beobachteten Niveaus. Gleichwohl führen steigende Zinssätze auf den Kapitalmärkten nicht unmittelbar im gleichen Ausmaß zu höheren Finanzierungskosten für den Staat, da dieser zu einem erheblichen Teil über langfristige Anleihen finanziert ist, die nur nach und nach durch neue, höher verzinste Anleihen ersetzt werden müssen.

Mit dem erneuten Anstieg der Leitzinsen sowie der Geld- und Kapitalmarktzinsen im Jahr 2026 hat sich die Entlastung der privaten Kreditnehmer abgeschwächt. Sinkende Geldmarkt- und Refinanzierungskosten führten in den vergangenen zwei Jahren noch zu einer schrittweisen Entlastung der Unternehmen und privaten Haushalte. Bei Unternehmenskrediten und bei Immobilienkrediten privater Haushalte war eine deutliche Entspannung zu beobachten. In den letzten Monaten kehrte sich diese Entwicklung um, denn es waren Anstiege der Finanzierungskosten, wenn auch bislang verhalten, zu beobachten (Abbildung 3.1).

Abbildung 3.1: Finanzierungskosten für Unternehmenskredite



Anmerkung: Durchschnittlicher Bankkreditzinssatz für Neugeschäft von Unternehmen.
Quelle: EZB Data Portal.

Für den Euro-Raum meldeten die Banken im 2. Quartal 2026 in der regelmäßigen Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) zudem eine moderate Verschärfung ihrer Kreditstandards für Unternehmen und private Haushalte. Als wesentliche Gründe wurden gestiegene Risiken aufgrund der geopolitischen und energiepolitischen Entwicklung genannt. Gleichzeitig nahm die Nachfrage nach Unternehmenskrediten leicht zu, während die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaukrediten zurückging.

Insgesamt hat sich damit das Finanzierungsumfeld seit Ende 2025 wieder eingetrübt. Während die geldpolitische Lockerung im Jahr 2025 zu sinkenden kurzfristigen Zinsen und rückläufigen

Kreditkosten geführt hatte, haben der Energiepreisschock, die erneute geldpolitische Straffung und die gestiegenen langfristigen Renditen im Jahr 2026 zu einer deutlichen Gegenbewegung geführt. Für Unternehmen und private Haushalte bedeutet dies, dass sich die Finanzierungskosten nicht weiter reduzieren, sondern insbesondere bei langfristigen Finanzierungen wieder einem höheren Zinsniveau ausgesetzt sind.

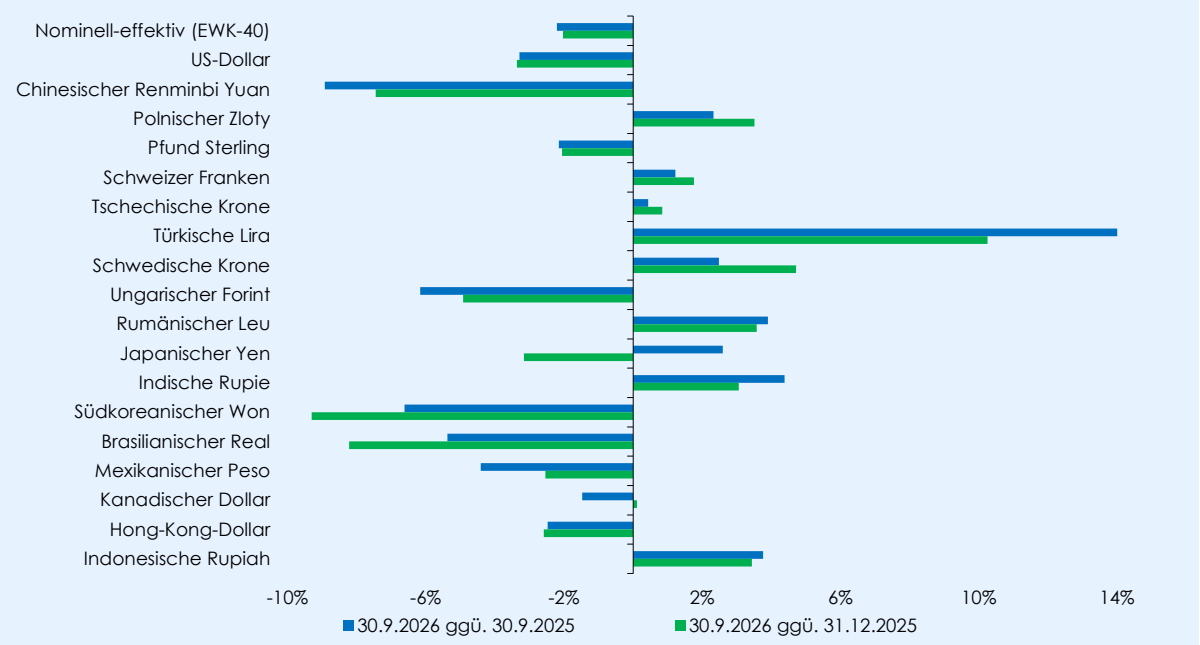
3.2 Wechselkurse

Der Euro hat bis Ende September im Vergleich zum Jahresbeginn nominell-effektiv leicht abgewertet. Dies verbessert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, verstärkt aber den Inflationsdruck, da es Importe verteuert.

Der **Euro** hat im bisherigen Jahresverlauf **nominell-effektiv** gegenüber den Währungen der 40 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums **leicht abgewertet** (Abbildung 3.2). Ende September 2026 war er um 2,0% niedriger als Ende 2025 bzw. 2,2% niedriger als vor einem Jahr. An Wert verloren hat der Euro etwa gegenüber dem US-Dollar (3,4% seit Ende 2025), dem chinesischen Renminbi (7,5%), dem britischen Pfund (2,1%), dem ungarischen Forint (4,9%) sowie den Währungen einiger Länder in Asien und Südamerika. Die Aufwertung des US-Dollars erfolgte insbesondere im September 2026, nachdem die US-Notenbank Fed ihren Leitzinssatz angehoben hatte. Damit vergrößerte sich der Zinsvorsprung der USA gegenüber dem Euro-Raum wieder, und an den Märkten werden weitere US-Leitzinserhöhungen erwartet, die Kapitalanlagen trotz der auch für den Euro-Raum erwarteten weiteren Leitzinserhöhungen attraktiver machen.

Da die Schweizerische Nationalbank ihren Leitzinssatz bei 0% belassen hat, hat sich das Zinsdifferenzial zugunsten des Euro durch die EZB-Leitzinserhöhungen vergrößert, was zusammen mit Devisenmarktkäufen der SNB zu der Aufwertung des Euro gegenüber dem **Schweizer Franken** beigetragen hat. Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem **japanischen Yen** verzeichnete im 3. Quartal eine hohe Volatilität. Ende Juli leiteten die USA und Japan eine koordinierte Devisenmarktintervention ein, die zunächst zu einer Aufwertung des Yen führte, die aber nur kurz anhielt. Ab Anfang September wertete der Yen gegenüber dem Euro auf, weil sich die Markterwartungen hinsichtlich des geldpolitischen Kurses der Bank of Japan geändert hatten.

Abbildung 3.2: Veränderung des Euro-Wechselkurses gegenüber wichtigen Währungen



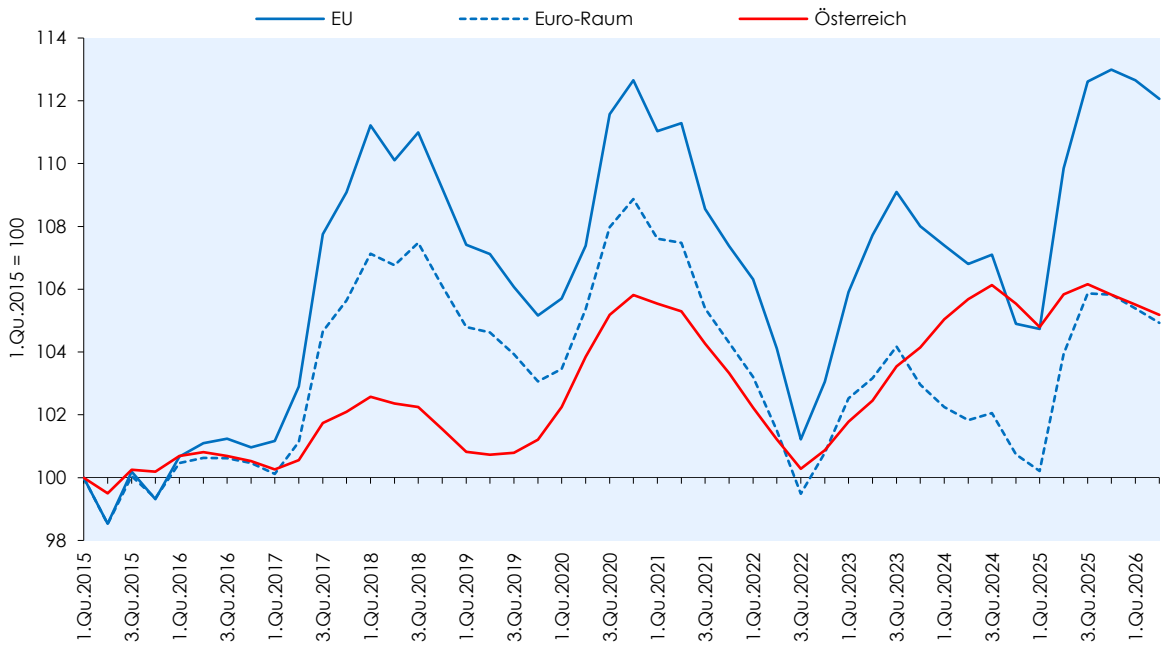
Quelle: EZB Data Portal.

Die **Abwertung** des **Euro verbessert** für sich genommen die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit**. Der Inflationsdruck verstärkt sich aber, weil die **Importe**, insbesondere die in US-Dollar gehandelten fossilen Energieträger, **teurer** werden.

Im ersten Halbjahr 2026 hat sich Österreichs preisliche Wettbewerbsfähigkeit gemessen am realen Wechselkurs auf Basis von Lohnstückkosten gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums nicht verändert.

Auf Basis des mit **Lohnstückkosten** berechneten **real-effektiven Wechselkurses** gegenüber 37 Handelspartnern hatte Österreich in den Jahren 2023 und 2024 gegenüber dem Durchschnitt sowohl des Euro-Raums als auch der gesamten EU deutlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren (Abbildung 3.3). Vor allem seit dem 4. Quartal 2023 liefen der reale Wechselkurs Österreichs auf der einen Seite und jene der EU und des Euro-Raums auseinander. Offenbar machte sich hier das unterschiedliche Ausmaß der Weitergabe des Energiepreisschocks an die Preise anderer Waren und Dienstleistungen und die Löhne bemerkbar. Anders war die Entwicklung im ersten Halbjahr 2026. Im bisherigen Jahresverlauf entwickelte sich der real-effektive Wechselkurs Österreichs im Gleichklang mit dem Durchschnitt des Euro-Raums und vor allem im 1. Quartal deutlich günstiger, bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit, als in der gesamten EU.

Abbildung 3.3: Real-effektiver Wechselkurs auf Basis von Lohnstückkosten



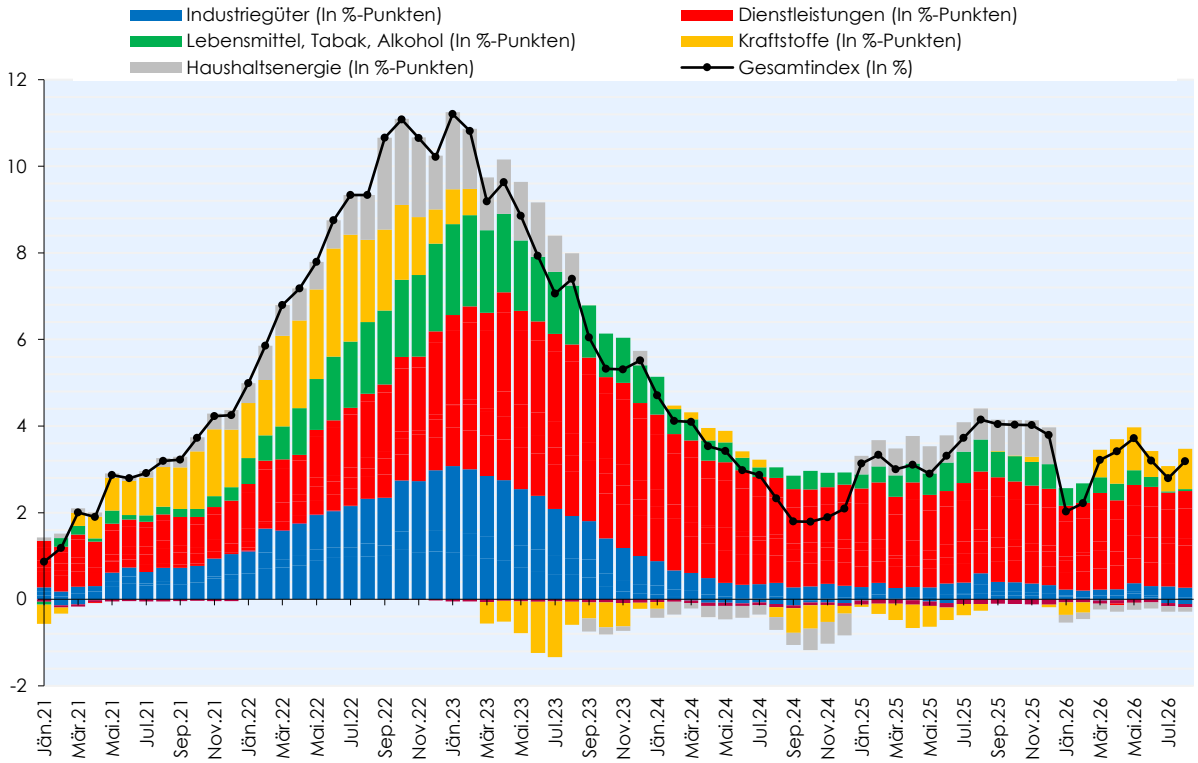
Quelle: Eurostat.

3.3 Energiepreise und Inflation in Österreich

Der **internationale Energiepreisschock** infolge des Nahost-Konflikts hält den **Preisauftrieb in Österreich hoch**. Nach einer Inflationsrate von 2,0% zu Jahresbeginn stieg die Teuerung laut Schnellschätzung von Statistik Austria im September **2026** auf 3,6%. Für den **Jahresdurchschnitt** erwartet das IHS in seiner Herbst-Prognose eine Inflationsrate von **3,1% und für 2027 von 2,8%** (Bonin et al., 2026). Damit bleibt die Inflation in beiden Jahren deutlich über dem mittelfristigen Preisstabilitätsziel der EZB von 2%. Dass die Inflationsprognose für 2027 nun um 0,5 Prozentpunkte höher ausfällt als in der IHS-Sommer-Prognose erwartet, spiegelt insbesondere die länger anhaltenden Auswirkungen hoher Energiepreise wider.

Hinter der aktuellen Teuerung stehen zwei unterschiedlich gelagerte Prozesse: Eine seit längerem hohe Dienstleistungsinflation bildet eine persistente Grundlast, während die erneute Verteuerung von Energie einen zusätzlichen Schub auslöst. Am aktuellen Rand tragen Dienstleistungen mehr als 2 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei; auf Energie entfallen rund 1,2 Prozentpunkte. Nahrungsmittel und Industriegüter ohne Energie leisten demgegenüber vergleichsweise geringe Beiträge (Abbildung 3.4).

Abbildung 3.4: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich



Quelle: IHS, basierend auf LSEG.

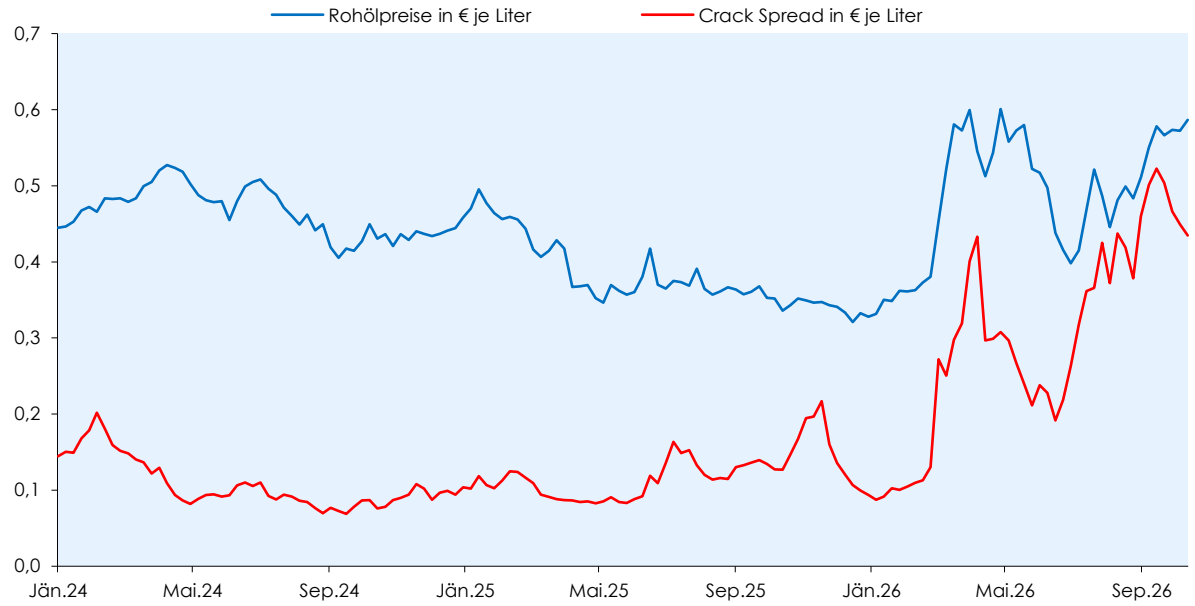
Die **Dienstleistungsinflation** betrug im August 4,4% und dürfte sich im Jahresdurchschnitt von 4,2% im Jahr 2026 auf 3,1% im Jahr 2027 abschwächen. Dienstleistungen sind vielfach arbeitsintensiv, daher beeinflussen Lohnabschlüsse ihre Preise besonders stark. Da sich Kollektivvertragsverhandlungen in Österreich in der Regel an der zurückliegenden Inflation orientieren, wirken frühere Preisschocks verzögert auf die Arbeitskosten. Indexierungen, etwa in Verträgen, können diese Persistenz zusätzlich verlängern.

Die aktuelle Lohnentwicklung spricht allerdings gegen einen neuerlichen breit angelegten Lohndruck. Im 2. Quartal 2026 stiegen die Arbeitnehmerentgelte je aktiv Beschäftigtem gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,3%. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürften gemäß IHS-Prognose die Effektivlöhne um 1,7% sowie im Jahr 2027 um 2,5% steigen. Die damit verbundenen Reallohnverluste begrenzen den von den Arbeitskosten ausgehenden Preisdruck. Entsprechend dürfte auch die Kerninflation laut IHS-Prognose von 2,9% im Jahr 2026 auf 2,5% im Jahr 2027 zurückgehen.

Die **Energiepreise** dürften gemäß IHS-Prognose im Jahr 2026 um 7,8% und im Jahr 2027 um 7,3% zulegen. Kurzfristig dominieren Treibstoff- und Heizölpreise. Bei den Kraftstoffen lässt sich der Preisanstieg jedoch nicht allein mit dem Rohölpreis erklären. Auch der Crack Spread für Diesel, die Differenz zwischen dem Großhandelspreis des raffinierten Produkts (Diesel) und dem eingesetzten Rohöl, hat sich stark ausgeweitet. So stieg dieser Aufschlag von längerfristig etwa 10 Cent auf rund 40 Cent je Liter Ende September (Abbildung 3.5). Der Crack Spread ist dabei nur

eine Näherungsgröße für die Raffineriemarge und nicht mit dem Gewinn der Raffinerien gleichzusetzen.

Abbildung 3.5: Rohöl und Crack Spread (Diesel)



Quelle: IHS, basierend auf LSEG.

Mit dem Auslaufen der Basiseffekte des Energiepreissprungs vom März 2026 sollte sich der direkte Preisauftrieb bei Mineralölprodukten 2027 abschwächen. Strom- und Gaspreise dürften die Inflation hingegen weiterhin stützen. Zudem können höhere Energiekosten mit zeitlicher Verzögerung auf andere Güter und Dienstleistungen übergewälzt werden. Bei **Industriegütern** erwartet das IHS in seiner Herbst-Prognose gleichwohl nur Preissteigerungen von 0,9% im Jahr 2026 und 1,2% im Jahr 2027; für **Nahrungsmittel** werden 1,7% bzw. 2,3% prognostiziert.

Für den Euro-Raum erwartet das IHS gegenwärtig eine Inflationsrate von 3,0% im Jahr 2026 und 2,7% im Jahr 2027. Damit liegt Österreich im Jahresdurchschnitt der Prognosejahre jeweils leicht darüber, obwohl das laufende **Inflationsdifferenzial** zuletzt negativ war. Die historische Entwicklung zeigt, dass ein positiver österreichischer Inflationsabstand zum Euro-Raum-Durchschnitt vor allem durch Dienstleistungen getragen wurde. Diese strukturell persistente Komponente bleibt auch gegenwärtig bestehen.

Das zuletzt günstigere Inflationsdifferenzial ist insbesondere bei Energie zu relativieren. Internationale Energieschocks schlagen aufgrund längerer Vertragsbindungen und unterschiedlicher Preisbildungsmechanismen in Österreich zum Teil später auf die Haushaltsstrom- und -gaspreise durch. Somit besteht das Risiko, dass ein Teil des Schocks möglicherweise noch nicht in den heimischen Verbraucherpreisen angekommen ist. Wenn die unmittelbaren Mineralölpreiseffekte im Euro-Raum nachlassen, während Strom- und Gaspreise in Österreich nachziehen, könnte sich das derzeit günstige Differenzial wieder umkehren. Für den weiteren Inflationsverlauf sind deshalb sowohl das Tempo der Entspannung bei Dienstleistungen als auch die verzögerte Weitergabe gestiegener Energiekosten entscheidend.

3.4 Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf die energieintensive Industrie

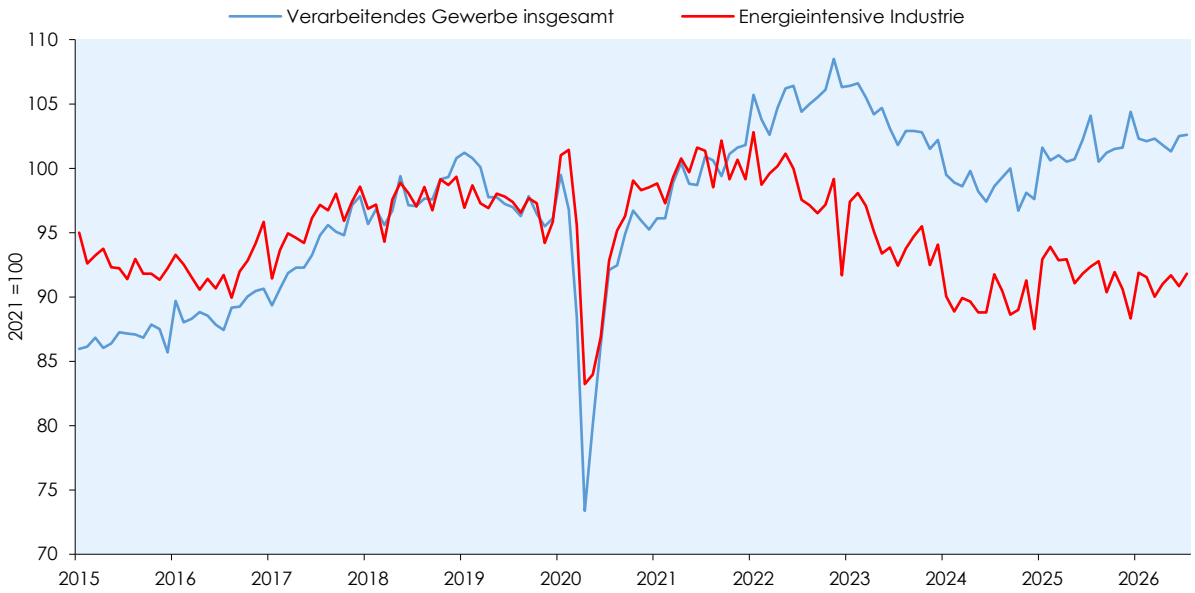
Um den Einfluss der kräftigen Energiepreisanstiege im Gefolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu untersuchen, wurde ein **Produktionsindex für die energieintensiven Industriezweige** des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland berechnet (Vogel et al., 2023).

Dieser wird vom Statistischen Bundesamt (Destatis) monatlich in der Online-Datenbank zur Verfügung gestellt. Die Berechnung beruht auf der Beobachtung, dass die einzelnen Industriezweige sehr unterschiedliche Mengen an Energie verbrauchen: Die meiste Energie setzt die chemische Industrie ein. Auch die Metallerzeugung und -bearbeitung benötigt große Mengen an Energie. Außerdem besteht in der Kokerei und Mineralölverarbeitung ein hoher Energiebedarf, ebenso bei der Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Papier und Pappe. Diese fünf Industriezweige sind auch bei der Betrachtung des Energieverbrauchs im Verhältnis zu ihrer Bruttowertschöpfung die größten und damit energieintensivsten Sektoren. Sie eignen sich daher am besten dafür, einen aggregierten Produktionsindex für energieintensive Industriezweige zu betrachten und zu berechnen. Knapp ein Drittel des industriellen Energieverbrauchs entfällt auf Erdgas. Dieses wird in der Industrie vor allem für die Erzeugung von Prozesswärme benötigt, teilweise auch für die eigene Stromerzeugung. Daneben wird Erdgas, vor allem in der chemischen Industrie, auch als Rohstoff eingesetzt. Auch Strom, Mineralöle und Kohle spielen als Energieträger für die Industrieproduktion eine wichtige Rolle. Bei der Berechnung des industriellen Produktionsindex werden Wirtschaftszweige nach ihrer Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten im Basisjahr gewichtet, bevor sie zu einem aggregierten Index aufaddiert werden. Die Berechnung des Produktionsindex für energieintensive Industriezweige verfolgt denselben Ansatz, wobei die Bruttowertschöpfungsanteile im Jahr 2021 die Basis bilden.

Analog zum Produktionsindex für Deutschland wurde im Rahmen eines Projekts ein Produktionsindex für die energieintensive Industrie in Österreich berechnet (Weyerstraß et al., 2024). Als Gewichte wurden (analog zu Vogel et al., 2023) die Anteile der Bruttowertschöpfung aus dem Jahr 2021 herangezogen. Zurückgerechnet wurde der Produktionsindex für die energieintensive Industrie Österreichs bis 2015. Für die Saisonbereinigung wurde analog zur Berechnung für Deutschland das indirekte Vorgehen angewandt. Es wurden also die von Statistik Austria publizierten saisonbereinigten Werte der einzelnen Wirtschaftszweige auf Basis der Wertschöpfungsgewichte addiert.

Wie Abbildung 3.6 zeigt, ist die **Produktion in der energieintensiven Industrie** in Österreich im Gefolge des Energiepreisschocks im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in den Jahren 2022 und 2023 deutlich gesunken. Schon ab 2024 entwickelte sich die Produktion in der energieintensiven Industrie etwa im Gleichklang mit jener im gesamten Verarbeitenden Gewerbe.

Abbildung 3.6: Produktionsindex für die energieintensive Industrie in Österreich



Quelle: Statistik Austria, IHS-Berechnungen.

Der **Energiepreisschock** im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt hat bisher **keine größeren Spuren in der Industrieproduktion** in Österreich hinterlassen. Im Juli 2026 war die Produktion in der energieintensiven Industrie um 0,3% höher als im Februar, also vor Beginn des Iran-Krieges, verglichen mit einem Anstieg um 0,5% im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Es ist allerdings möglich, dass in den Jahren 2022 und 2023 besonders energieintensive Produktionsteile in das Ausland verlagert wurden. Unter den fünf als energieintensiv identifizierten Industriezweigen war im Juli 2026 die Produktion in der Chemieindustrie um 0,7%, in der Kokerei und Mineralölverarbeitung um 1,7% und in der Metallerzeugung und -bearbeitung um 1,8% niedriger, in der Herstellung von Papier und Pappe dagegen um 1,6% und in der Herstellung von Glas und Glaswaren um 5,3% höher als im Februar. Verglichen mit Jänner 2022, also vor Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, ergeben sich allerdings teils sehr kräftige Produktionseinbußen, etwa um 18,6% in der Herstellung von Glas und Glaswaren sowie rund 13% in der Chemie- und der Papierindustrie.

Alles in allem zeigt sich, dass der Energiepreisschock in den Jahren 2022 und 2023 deutliche Spuren in der energieintensiven Industrie in Österreich hinterlassen hat. Die Auswirkungen des Energiepreisanstiegs im Jahr 2026 waren bisher begrenzt.

Zumindest zum Teil dürfte das aber darauf zurückzuführen sein, dass in den Jahren 2022 und 2023 energieintensive Produktionsteile ins Ausland verlagert wurden. Dafür spricht etwa der Rückgang des energetischen Endverbrauchs in der Industrie gemäß der Energiebilanzen von Statistik Austria, der nicht allein mit Steigerungen der Energieeffizienz erklärt werden kann.

4. Literatur

Bonin, H., Ertl, M., Fortin, I., Hlouskova, J., Hofer, H., Koch, S. P., Kunst, R.M., Reiter, M., Schröter, F., & Weyerstraß, K. (2026). Konjunkturerholung bei weiterhin hoher Inflation. Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027. *IHS-Wirtschaftsprognose*, 144.

CPB – Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (2026). World Trade Monitor. Juni 2026. Den Haag. https://www.cpb.nl/en/world-trade-monitor

Dunn, C., & Barden, J. (2025). *Amid regional conflict, the Strait of Hormuz remains critical oil chokepoint*. EIA. Today in Energy. https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65504

Glocker, Ch. (2026). Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehellt. *WIFO-Konjunkturbericht*. 9. September. WIFO.

Glocker, Ch., & Ederer, St. (2026). Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft. Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, 3.

Hinz, J., Mahlkow, H., Sogalla, R., & Willmann, G. (2026). The Cost of Closing the Strait of Hormuz: Energy Bottlenecks and Global Food Security. *Kiel Policy Brief*, (206).

Latzenhofer, M., Bärenthaler-Sieber, S., Böheim, M., Bürger, B., Christen, E., Dinges, M., Giesecke, S., Naqvi, A., & Wasserbacher, D. (2026). Phoenigs – Präventive Handlungsoptionen für eine Neuausrichtung einer wirtschaftlichen Sicherheitsstrategie Österreichs. Ergebnisbericht im Rahmen des KIRAS-Sicherheitsforschungsprogramms. BMWET, BMLV, AIT, WIFO. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:38cf7b80-0770-4ef6-abc8-ad3ca6d0d4f3/Ergebnisbericht_Phoenigs.pdf

Oberhofer, H., Christen, E., Astrov, V., Stehrer, R., Ertl, M., Wende, A., & Weyerstraß, K. (2026). *Die österreichische Außenwirtschaft 2026. FIW-Jahresgutachten*. Wien. FIW.

O'Neil, W. D. (2008). Costs and Difficulties of Blocking the Strait of Hormuz. *International Security*, 33(3). 190–195.

Pokhrel, S. (2026). How a Strait of Hormuz Closure Would Affect Austria: Evidence from the KITE-Model. *WIFO Research Brief*.

Talmadge, C. (2008). Closing Time: Assessing the Iranian Threat to the Strait of Hormuz. *International Security*, 33(1). 82–117, https://doi.org/10.1162/isec.2008.33.1.82.

Vogel, L., Neumann, M., & Linz, S. (2023). Berechnung und Entwicklung des neuen Produktionsindex für energieintensive Industriezweige. *WISTA – Wirtschaft und Statistik*, 75(2). 39–48.

Weyerstraß, K., Getzner, M., Gugele, B., Laa, E., Müller, H. L., Niedertscheider, M., Plank, K., Plank, L., Schieder, W., Schindler, I., Schmidtner, D., & Zenz, H. (2024). *Gesamtwirtschaftlicher Investitionsbedarf in Österreich zur Erreichung der Klimaziele*. IHS-Projektbericht.

Wollmershäuser, T., Best, L., Ederer, S., Fell, M., Höslinger, E., Koch, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Ruffert, A., Schasching, M., & Wibault, T. (2026). ifo Konjunkturprognose Herbst 2026: Erholungskräfte gewinnen Oberhand. *ifo Schnelldienst Digital*, *7*(15). 1-18.

WTO (2026). *Global Trade Outlook and Statistics. Update: October 2026*.